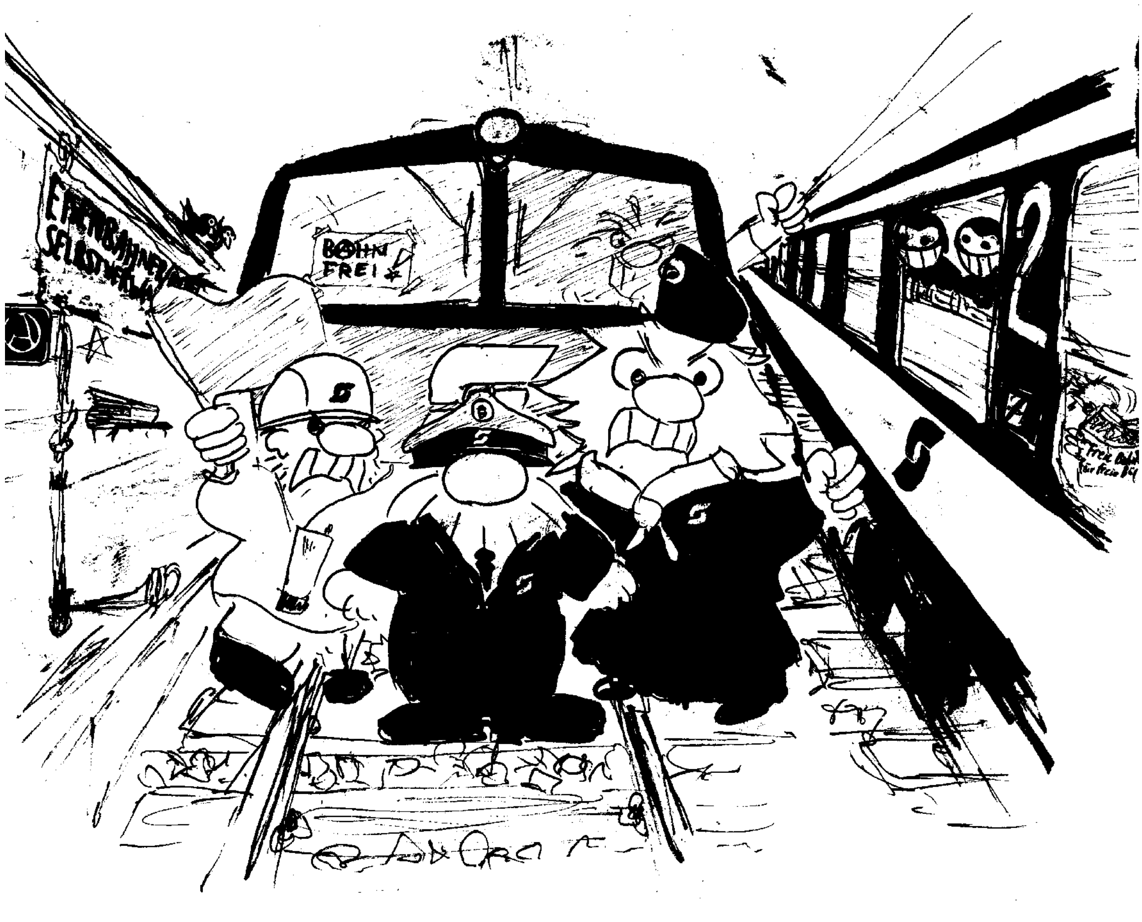
TATblatt +204



Asyl | Schnellere Deportationen

Neues, restriktives Asylgesetz wurde beschlossen

Rassismus | SPÖ geoutet

Gegen Gedenktafel für ermordete Roma

Gentechnik | Hoffnungen zerstört

"Französische Vandalen" bei der Arbeit

Repression | Hungerstreik

Die Situation der Gefangenen in Griechenland wird mehr und mehr kritisch

November 2003

EUR 1,40

In dieser Ausgabe ...



Die Comics dieser Ausgabe sind aus Jukl-Kommix nr. 3; mehr Jukl-Kommix bei jukl-kommix@gmx.net oder im Infoladen 10 im EKH (Splatter Love;-)

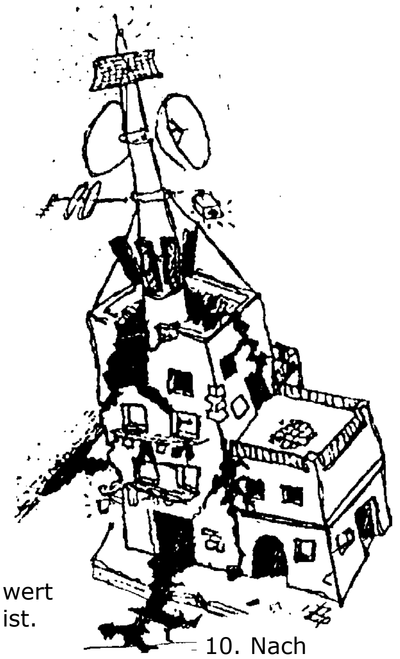
Schönen guten Tag!

Während wir die Redaktionsarbeiten für diese Ausgabe langsam zu einem Abschluss bringen, beschlossen die EisenbahnerInnen das, was eigentlich kaum wer in Österreich für möglich gehalten hatte: einen unbefristeten Streik. Geträumt haben davon vielleicht schon manche, auch wir, wie wir beim Wühlen in unseren Archiven feststellen durften, als wir eine Zeichnung mit kämpfenden EisenbahnerInnen fanden, die zirka zehn Jahre alt sein dürfte. Keine Ahnung, was uns damals zu diesem Bilderl bewogen hat. Diesmal - am Titelblatt dieser Ausgabe - verstehen wir es als eine Art Grußbotschaft an die Streikenden: Gebt euch nicht mit einem Prellbock zufrieden! Nehmt euch die ganze Bahn! Die Stellwerke denen, die dort arbeiten! Lokomotiven für alle! Regierung aufs Abstellgleis! Einen Bericht dazu können wir auf die Schnelle leider nicht mehr beisteuern. Wir werden das aber gerne im nächsten TATblatt nachholen, wenn sich die Streiks dann sicher schon auf alle anderen Sektoren der Wirtschaft ausgeweitet haben und alle Menschen von Anarchie und Chaos beseelt sind.

Schluss mit Träumen. Unangenehmerweise wird uns gerade mal wieder das Dach unter den Füßen weggezogen. Die Anzeichen verdichten sich, dass die KPÖ das EKH verkaufen und alle darin befindlichen Projekte und Menschen auf die Straße setzen will, so auch das TATblatt. In dieser Ausgabe versuchen wir mal, ein bisserl Klarheit zu schaffen über all das, was in den letzten Tagen angekündigt, gedroht oder versprochen wurde. Und wir wollen klarstellen, dass wir uns nicht so einfach vertreiben lassen wollen. Mehr dazu irgendwo auf den folgenden Seiten.

Wir bleiben!
Liebe, Kraft und Zugausfälle!

Eure TATblattlerInnen



Das Weiterbestehen des EKH mit ihren BewohnerInnen, AktivistInnen und Ideen muss garantiert sein!

Wir bleiben!

Die Anzeichen häufen sich, dass die KPÖ das EKH verkaufen und damit das letzte autonome Zentrum Wiens, Wohnraum für verschiedenste Leute und Flüchtlinge, 3 Zeitungsprojekte, Infoladen, Volxbibliothek, Werkstätten, Veranstaltungs- und Proberäume und vieles mehr der Immobilienspekulation freigeben will.

TATblatt

Am Dienstag dem 4. November 2003 waren Walter Baier, seines Zeichens Vorsitzender der KPÖ, und Claudia Krieglsteiner, KPÖ Wien, aus gegebenen Anlass im EKH zu Gast. Gesprächsthema war das Vorbeugen gegenüber bösen Gerüchten, angesichts der angespannten finanziellen Situation der KPÖ, nach einem verlorenen Rechtsstreit (Stichwort "Novum") in Deutschland. Auch wollte sich Baier unter den gegeben Umständen der Solidarität seitens des EKH vergewissern.

Wir haben hier einige Ausführungen Baiers für euch zusammengefasst:

1. Das EKH fällt in den Zuständigkeitsbereich der KPÖ Wien. Diese darf somit über das EKH verfügen, auch wenn die KPÖ-Bundespartei Besitzerin ist. Sollte die Bundes-KP das Haus verkaufen, bekommt die Wiener Landesorganisation das Geld.
2. Die KPÖ Wien wird im nächsten Jahr mit einem Budget von 250.000 ÖS auskommen müssen und ist somit nicht existenziell gefährdet.
3. Die KPÖ-Parteistrukturen haben keinerlei Schulden.
4. Die KPÖ sah sich nach dem Urteil im Prozess um das Vermögen aus der DDR gezwungen, alle Angestellten, inklusive des Parteivorstandes zu entlassen. Die nun Erwerbsarbeitslosen müssen nun (ab Jänner bzw. März) in ihrer Freizeit Politik machen.
5. Die KPÖ möchte wieder MitarbeiterInnen einstellen und will daher alle ihrer über 500 Immobilien in Österreich gewinnbringend vermieten/verkaufen.
6. Das EKH ist einerseits mit keinerlei Hypotheken belegt, die die es aber doch gibt haben auch keinen Einfluss auf den weiteren Verbleib des Hauses.
7. Das EKH wurde lediglich einer ImmobilienmaklerIn übergeben, um durch Kaufoptionen zu schätzen wie viel das Haus wert ist. Ein Verkauf wurde zwar noch nicht beschlossen, diese Option sei jedoch offen.
8. Im Falle dass die KPÖ das EKH verkauft, würde es die BenutzerInnen danach davon in Kenntnis setzen.
9. Die KPÖ weiß trotz eines eingeholten MarklerInnengutachtens nicht, wie viel das EKH wert ist.
10. Nach Wunsch der KPÖ sollte die Gemeinde Wien das Haus kaufen und daraus ein Sozialprojekt nach Gemeindevorstellungen verwirklichen.
11. Die KPÖ wird die Polizei nicht einschalten, um das EKH zu räumen.

Alles in allem ließ sich aus den oben genannten Punkten heraushören, dass die KPÖ nicht existenziell gefährdet ist, jedoch, um wieder etliche MitarbeiterInnen einstellen zu können, möglichst viel Geld erwirtschaften will. Dies soll durch die gewinnbringende Vermietung der KPÖ-eigenen Immobilien geschehen, wiewohl dem KPÖ-Vorsitzenden auch klar

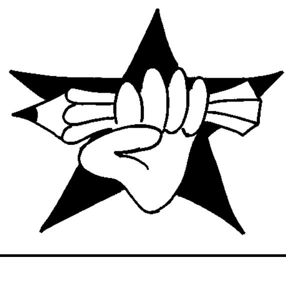
Erklärung des TATblatt:

Das TATblatt und das EKH: Wir brauchen ein autonomes Zentrum!

Das TATblatt versteht sich seit 15 Jahren als Sprachrohr von AktivistInnen und Gruppen im Widerstand gegen Patriarchat, Rassismen, Kapitalismus, Umweltzerstörung, kurz: gegen alles Böse auf der Welt. Seit einigen Jahren wird es im EKH produziert.

Dabei ist das TATblatt nur eines von vielen Projekten im autonomen Zentrum Ernst Kirchweger Haus, welches vielseitig genutzt, bewohnt und belebt wird. Und: Die finanzielle Unabhängigkeit ist ein wesentlicher Faktor autonomer Strukturen.

Wir möchten an dieser Stelle festhalten, dass wir keinen "Krieg" gegen die KPÖ führen und einer guten Zusammenarbeit nicht abgeneigt sind.



Das Weiterbestehen des EKH mit ihren BewohnerInnen, AktivistInnen und Ideen muss aber garantiert sein.

Wir haben uns entschlossen, das EKH nicht kampflos aufzugeben.
Wir bleiben!

ist, dass das EKH bzw. die "Wielandschule" an die dort ansässigen Gruppen ökonomisch sinnvoll nicht vermietet werden kann. Aus diesem Grund will die KPÖ das EKH daher verkaufen - am liebsten an die Gemeinde Wien oder NGOs aus dem Flüchtlingsbereich -, um die im Haus lebenden MigrantInnen nicht auf die Straße zu setzen und damit das Partei-Image in der linken Öffentlichkeit weiter zu beschädigen, auch wenn dem KPÖ-Vorsitzenden dabei sehr wohl klar sein muss, dass sozialdemokratische Konzepte der Flüchtlingsbetreuung nicht einmal mit der eigenen diffus-sozialistischen Rhetorik der KPÖ vereinbar sein sollten.
Andererseits muss Walter Baier auch ganz klar sein, dass die Stadt Wien schon gar kein Interesse haben wird, die über 20 politischen Gruppen und Projekte die im EKH beheimatet sind, zu unterstützen oder gar nur zu dulden.

In dem Sinne: Wer verkauft ist schon verkauft! EKH bleibt!

◆

Alles für die Partei!

von Aktivistinnen

Anlässlich der 85 Jahr Feier der KPÖ am Samstag, 08.11.03 im 'Siebenstern' zeigten einige engagierte und kreative NutzerInnen des EKH ihre absolute Solidarität mit der KPÖ. Um die Partei in ihrer schweren Finanzkrise tatkräftig zu unterstützen, kündigten die AktivistInnen von der Partybühne an:
"Wir gehn jetzt für die Partei am Strich - komm mit GenossIn!!!"
Liebevoll gestaltete Spitzentaschentücher sowie Plakate mit Slogans wie "Ausverkauf ist geil - KPÖ", "Wer verkauft ist schon verkauft! - KPÖ", "Für die Partei geben wir Alles!" und "Wohnen ist Menschenrecht - KPÖ" sollten die GenossInnen von der tollen neuen Marktstratrategie überzeugen.
Außerdem präsentierten die engagierten Frauen und Männer mögliche Varianten ihrer neuen Berufskleidung von "hart" bis "zart" und es wurde auf unbestimmte Zeit das Klo besetzt.
Die Reaktionen der KPÖ-Genossinnen im Siebenstern waren sehr unterschiedlich - einige (überwiegend männliche Genossen) zeigten sich sofort sehr begeistert von dieser revolutionären Idee. Andere waren eher zögerlicher mit ihren Beifallsbekundungen.
Bleibt nun nur noch abzuwarten welches Lager in der KPÖ sich durchsetzten wird...

Die Journaile: "KPÖ will EKH verkaufen"

Der Online-Standard sowie die Stadtzeitung Falter melden, dass die KPÖ sich nun doch zum Verkauf des Ernst-Kirchweger-Hauses entschlossen habe. "Die Option für einen Kauf ist eröffnet", wird KP- Vorsitzender Walter Baier zitiert.
Die KPÖ habe das Haus bereits der Caritas und Flüchtlingshelferin Ute Bock angeboten, die beide "dankend ablehnten". Auch der Plan das EKH an die Stadt Wien zu verscherbeln stehe auf wackligen Beinen. Sozialstadträtin Grete Laska: "Wenn die KPÖ dieses Haus verkaufen möchte, damit Unterkünfte für Asylwerber geschaffen werden, sollte sie es Innenminister Ernst Strasser anbieten."

Q: at.indymedia.org

◆

Wer verkauft ist schon verkauft!
EKH bleibt!

Bedingt durch die angeblich schwere Finanzkrise der KPÖ denkt die Partei nun darüber nach, das einzige soziale Zentrum Österreichs, das Ernst-Kirchweger-Haus, zu verkaufen. Das EKH wurde 1990 besetzt und seitdem haben sich, Staatsrepression und medialen Hetzkampagnen zum Trotz, verschiedenste linke politische Projekte entwickelt, die die KPÖ im Falle eines Verkaufs der Immobilien-spekulation überlassen würde. Durch eine Räumung würen über 27 verschiedene Gruppen aus den Bereichen Antifaschismus, Antirassismus, Anti(hetero)sexismus, Kultur, Musik, Sans Papiers, kollektives Wohnen, Bibliothek, Archiv, Infoladen, Gegenkultur, Migration und viele mehr betroffen.

Unser Standpunkt ist klar:
EKH bleibt! Wir bleiben!
Dieses Haus ist unverkäuflich! Seit der Besetzung vor 13 Jahren befindet sich dieses Gebäude nicht mehr in der Verfügungsgewalt der KPÖ!

EKH, Wielandgasse 2-4, A-1100 Wien
www.med-user.net/ekh

Flugblatt der *Plattform EKH bleibt!*



SPÖ-Gemeinderat lehnt Gedenktafel für 200 ermordete Roma ab



Kemeten, eine kleine Gemeinde im Südburgenland steht beispielgebend für viele Gemeinden des Burgenlands und ganz Österreichs, in denen Roma lebten und an deren Schicksal sich heute niemand mehr erinnern kann oder will.

TATblatt

Nach Hinweisen auf die 200 Kemeter Roma zu suchen, die vor dem Krieg in Kemeten lebten, ist eine aussichtslose Angelegenheit. Es gibt dort nämlich nicht einmal eine schlichte Tafel – ganz zu schweigen von einem Gedenkstein oder gar Denkmal, das auf die an den Roma begangenen Verbrechen durch das Nationalsozialistische Österreich gemahnen könnte.
Dass selbst so eine kleine Geste des Erinnerns nicht gesetzt wurde und wird, liegt aber nicht allein am Vergessen und Verdrängen, denn es gab im Oktober 2003 erneut einen Antrag auf Anbringung einer Gedenktafel im Kemeter Gemeinderat. Nach einer Abstimmung zu diesem Thema im Jahr 2000, und nach einer geheimen Absprache im April des Jahres, wurde der Antrag diesmal abermals mit großer Mehrheit abgelehnt...

Seit Jahrhunderten waren und sind Roma und Sinti in Österreich Diskriminierung und Ausgrenzung ausgesetzt. Den Höhepunkt der Verfolgung bildete die NS-Zeit, als ca. 90 Prozent der in Österreich lebenden Roma und Sinti ermordet wurden. Das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (DÖW) berichtet zu diesem Thema: "Ab Herbst 1939 wurden alle "Zigeuner" österreichweit angehalten und registriert. In eigens adaptierten bzw. errichteten "Zigeunerlagern" mussten die Festgesetzten unter Ableistung schwerer Zwangsarbeit ihrem weiteren Schicksal entgegenharren. Das größte dieser Lager entstand im burgenländischen Lackenbach, ein weiteres in Salzburg-Maxglan (oder: Leopoldskron) und ein temporäres im oberösterreichischen Weyer am Inn. Die Lager funktionierten ähnlich wie die großen KZ: Terror und Gewalt sowie Not und Elend prägten den Alltag in den als Familienlager geführten Einrichtungen.

[...]

Der "Auschwitz-Erlass" bedeutete die "Endlösung der Zigeunerfrage". Ab diesem Zeitpunkt rollten die Großtransporte aus allen besetzten europäischen Ländern ins Vernichtungs-KZ Auschwitz-Birkenau. Auch in Österreich wurden Auschwitz-Transporte von "Zigeunern" zusammengestellt. Dabei handelte es sich vor allem um Roma und Sinti, die schon seit Jahren in den österreichischen NS-"Zigeunerlagern" wie Lackenbach eingesperrt waren. Bei dieser Gelegenheit wurde das Lager Salzburg-Maxglan komplett aufgelöst.

Dem Vernichtungsprogramm entkamen fast nur die Arbeitsfähigen. Sie wurden aus den Transporten selektiert und diversen Arbeitskommandos zugeteilt - in Auschwitz, aber auch anderswo. Als "Nichtsesshafte" verfolgt, mussten die "Zigeuner" immer wieder "auf die Reise gehen". Erst der Tod beendete ihr "unstetes Leben". (1)
Jahrzehntelang wurde die Verfolgung der Roma und Sinti in Österreich besonders tabuisiert. Erst in letzter Zeit werden systematische Untersuchungen zu diesem Thema durchgeführt, sodass Publikationen erst 50 Jahre nach Ende des Nationalsozialismus erscheinen.

Eine davon entstand im Rahmen eines Projekts, dass sich mit der Geschichte und dem Schicksal der Roma von Kemeten in den Jahren 1938 bis 1945 auseinandersetzt und 1999 erschien (2).

Kemeten ist eine kleine Gemeinde im Südburgenland. Der nächste größere Ort ist die Nachbargemeine Oberwart. Wir erinnern uns: vor 8 Jahren wurden dort bei einem Bombenanschlag gezielt 4 Roma ermordet.

Ende der dreißiger Jahre gab es in Kemeten, das 1939 eine GesamteinwohnerInnenzahl von 1588 Personen hatte, rund 200 Roma. Ihre Deportation begann im Jahre 1938; die letzten wurden 1941 verhaftet und fortgebracht. Der genaue Tag der Verhaftungen und Deportationen bzw. in weiterer Folge ihrer Ermordung lässt sich für die meisten der Roma nicht mehr feststellen, da keine genauen Quellen und Aufzeichnungen existieren. Fest steht aber, dass die Menschen entweder im

Lager Lackenbach interniert oder direkt ins Ghetto Lodz transportiert wurden. Anhand von Namenslisten lässt sich weiters rekonstruieren, dass allein in Auschwitz 47 Roma aus Kemeten umgebracht wurden. Von den 200 Menschen kamen 1945 nur 5 wieder nach Kemeten zurück. Die Kinder der fünf Zurückgekehrten schließlich sind in den Sechziger Jahren größtenteils in größere Orte und Städte weggezogen, wo sie im Schutz der Anonymität leben konnten und ihnen bessere Arbeitsmöglichkeiten offenstanden.

Die Abstimmung

Der Kemeter Gemeinderat setzt sich seit der Gemeinderatswahl 2002 aus 14 SPÖ – und 5 ÖVP-GemeinderätInnen zusammen. Die Abstimmung endete im selben Verhältnis: 14 GemeinderätInnen stimmten gegen die Anbringung einer Gedenktafel. Die bereits seit der ersten Abstimmung 2000 erfolgten Interventionen von verschiedensten Seiten - vom KZ-Verband bis hin zum DÖW veränderten ebenso wenig etwas, wie ein inzwischen vom burgenländischen Landtag gefasster 4-Parteien-Beschluss, wonach den Opfern des Nationalsozialismus und allen WiderstandskämpferInnen in ihren Heimatgemeinden Gedenkstätten bzw. -tafeln zu errichten seien.

Johann Nussgraber, SPÖ-Bürgermeister von Kemeten, versichert bei der geheimen Abstimmung 2003 für die Gedenktafel gestimmt zu haben. Er müsse sich nun aber an die Entscheidung des Gemeinderates halten. Außerdem meint er, entspreche die Entscheidung im Gemeinderat leider der Stimmung in der Ortschaft. Es habe sogar Bestrebungen gegeben, eine Unterschriftensammlung gegen ein Roma-Denkmal zu starten. Dass kritische Beiträge, die im öffentlichen Webforum der Gemeinde Kemeten gepostet worden waren, von der Gemeinde selbst umgehend zensuriert – also entfernt wurden, fügt sich in den Umgang der PolitikerInnen mit dem Thema: *„Dieses Forum ist ein Forum der Gemeinde Kemeten. Daraus resultiert ganz klar, dass die Gemeinde über das Forum verfügen kann und selbstverständlich beleidigende Einträge löschen wird. Bisher herrschte im Forum ein angenehmes und freundliches Klima, weil bisher ausgesprochen nette Menschen darin geschrieben haben. Es ist unverständlich, dass eine ganze Gemeinde beleidigt wird, wenn sich auf Grund eines demokratisch zustande gekommenen Gemeinderatsbeschlusses, eine kleine Minderheit nicht bestätigt fühlt und nun gleich alle Kemeter beleidigt.*"

Besonders enttäuscht zeigten sich die bei der Gemeinderatssitzung anwesenden Roma-VertreterInnen: *„Es* (das Anbringen der Gedenktafel) *solle keine Anklage sein, es solle gemahnt werden und eine Erinnerung an die aus Kemeten verschleppten Roma sein. Man trägt sie im Herzen, aber auch die Öffentlichkeit soll etwas machen, leider sei das nicht passiert.*" Jetzt wird die Möglichkeit erwogen auf Privatgrund eine Gedenktafel zu montieren." Und der Volksgruppensprecher der Grünen Burgenland fügt noch folgendes Detail hinzu:

Paradoxerweise war nach den Morden von Oberwart kurz die Hoffung aufgekommen, dass es bei Medien, PolitikerInnen und vielleicht sogar in Kreisen der Bevölkerung zu einem Kontinuitätsbruch in der lange Zeit sogenannten „Zigeunerbehandlung" kommen könnte. Kemeten steht heute aber beispielgebend für viele südburgenländische Gemeinden – und beispielgebend für die österreichische Nachkriegsgeschichte. Eine Linzer Historikerin zählt in ihrer Arbeit „ROMA IN ÖSTERREICH; DISKRIMINIERUNG, AUSGRENZUNG, MORD" all die Versäumnisse der Nachkriegspolitik auf:

* Die jahrzehntelange Tabuisierung und Verharmlosung der nationalsozialistischen Verfolgung und damit verknüpft die Verweigerung der ideellen und materiellen "Wiedergutmachung" durch Bundes- und Landesbehörden, durch PolitikerInnen (Finanzministerium, Sozialministerium).
* Das In-Frage-Stellen der Verfolgungsmotive: Verweigerung eines "gleichrangigen" Opferstatus (als Opfer der Rassenverfolgung) durch Behördenvertreter, aber auch durch andere "KZ-ler".
* Die Ausgrenzung und erneute Diskriminierung der Opfer bei paralleler Reintegration der Täter. (Bereits 1951 erfolgte die Begnadigung des 1949 zu fünfzehn Jahren Kerker verurteilten, führend an der "Zigeuner"-verfolgung beteiligten Tobias Portschy durch Bundespräsident Körner. In den 70er/80er Jahren pflegten burgenländische Landespolitiker "Kontakte" zu Portschy.)
* Die Benachteiligung von Verfolgungsopfern gegenüber Kriegsopfern im Rahmen der Opferfürsorge.
* Die Behandlung österreichischer Sinti als Staatenlose zum Zweck ihrer Abschiebung und zur Einsparung von KZ-Geldern.
* Die Subventionierung rechtslastiger Organisationen bei

„Während sich hochrangige Landespolitiker-Innen anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Anerkennung der Roma und Sinti als Volks-gruppe bei einem Festakt in Tatzmanndorf auf die Schulter klopfen, wird nur wenige Kilometer weiter in Kemeten die Geschichte der Roma- und Sinti Verfolgung im Nationalsozialismus vertuscht und verdrängt."

(der Volksgruppensprecher der Grünen Burgenland)

Antifa in Kürze

gleichzeitiger Verweigerung bescheidenster Opferrenten (Hinauszögern der Novelle bis 1988).
* Das Festhalten an Opferkategorien auch im Bedenkjahr 1988 und damit Demütigung der Roma durch Zuerkennung der geringsten "Ehrengabe" (des niedrigsten Geldbetrages).

Vor diesem Hintergrund überrascht einen der Beschluss des Kemeter Gemeinderats gar nicht mehr. Und dass es in Kemeten einen aktiven Kameradschaftsbund, eine Organisation der „Gräberfürsorge" und ein übermannshohes „Kriegerdenkmal" mitten am Hauptplatz gibt, scheint natürlich auch selbstverständlich.

Wo leben wir denn schließlich?

◆

(1) http://www.doew.at/service/ausstellung/1938/19/19b.html
(2) "Die Roma von Kemeten" von Dieter Mühl, edition lex list 12; erhältlich im Verein Roma, Spitalgasse 4, 7400 Oberwart, Tel.: 03352 - 33059, oder bei edition lex list, Schlainingerstraße 4/1, 7400 Oberwart, Tel.: 03352 - 33940 (zum Preis von ATS 70.- + Versand)
(3) Univ.-Doz. Dr. Erika Thurner, ROMA IN ÖSTERREICH DISKRIMINIERUNG, AUSGRENZUNG, MORD (http://www.mediaweb.at/geschriebenstein/roma/thurner.html)



Novembergedenken

Wie jedes Jahr fanden auch heuer zum Gedenken an die Novemberpogrome eine Vielzahl von Veranstaltungen statt.
Dieses Jahr wurden zwei dieser Veranstaltungen angegriffen. Zum einen war das die Gedenkveranstal-tung in der Wiener Zirkusgasse, an der rund 150 Menschen, auch Überlebende der Shoah, teilnahmen. Während der Veranstaltung störten gut 10 Personen, die sich selber wohl den antiimperialistischen – antizionistischen Spektrum zurechen mit antiisraelischen und antiamerikanischen Parolen die Gedenkkundge-bung.
In Bregenz fand eine Demonstration gegen die unaufgearbeitete Geschichte des NS sowie gegen die aktuellen faschistischen Strukturen und Übergriffe statt, an der 150 Menschen teilnahmen. Rund 30 FaschistInnen griffen die Demonstration mit Eiern und Flaschen an, angeblich wurde ein Faschist durch einen Steinwurf verletzt. In beiden Fällen verhielt sich die Polizei zurück und schirmte eher die AngreiferInnen ab als die Gedenkveranstaltungen zu schützen.

Schulfrei für Demo

Anläßlich der rechten AFP-Tagung fand eine Gegenkundgebung statt, an der auch SchülerInnen des Gymnasiums Jennersdorf teilnahmen. Die provinzielle Politik zeigte sich überhaupt empört, wollte aber angeblich keine rechtlichen Mittel in der Hand haben, diese Veranstaltung zu untersagen bzw. nicht zuzulassen.
Widerstand gab es hauptsächlich von SchülerInnen, der offensichtlich sehr wohlwollend betrachtete wurde. Damit sollte wahrscheinlich der Eindruck von Nazikaffs vermieden werden, der sich meistens als dem Fremdenverkehrsidyll abträglich erweist.
„Umliegende Schulen, darunter auch das BORG-Jennersdorf, unterstützten die Demonstration. Für diesen Zweck bekamen die Jugendlichen schulfrei. Die Schüler entwarfen Transparente, um ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen. Verschiedene Aktionen der SPÖ wie "Hupen gegen Rechtsextreme" oder eine "Mauer gegen Rechts aus Bausteinen der Demokratie" brachten symbolhaft und friedlich den Unmut über dieses



Treffen zum Ausdruck und setzten ein Zeichen gegen Rechtsextremis-mus", fasste die Niederösterreichischen Nachrichten das gesellschaftliche Umfeld zusammen.

AsylwerberInnenheim verhindert

In Lehenrotte bei Türnitz, NÖ, hat eine BürgerInneninitaitive ein vom Innenministerium geplantes AsylwerberInnenheim verhindert. Die Türnitzer MandatarInnen sprachen sich in geheimer Abstimmung mit 13 zu zwei Stimmen gegen die Aufnahme der 168 AsylwerberInnen aus.
Organisiert wurde auch eine Unterschriftenliste durch den Ortsansässigen Christian Teis: „Rund 350 Einwohnern stünden 168 Asylwerber gegenüber - ein Prozentsatz, der Lehenrotte nicht mehr lebenswert machen würde".
Erleichterung gibt es nun auch bei Bürgermeister Franz Auer: „Es ist anzunehmen, dass unter den Asylanten auch Kinder gewesen wären. Das hätte etwa beim Kindergartentransport zu beachtlichen organisatorischen und auch finanziellen Problemen für die Gemeinde geführt".

Nazi-Parolen am Nationalfeiertag

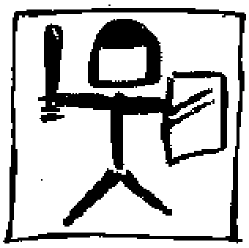
Am Nationalfeiertag besprühten in Waidhofen an der Thaya Unbekannte Nazi-Parolen auf Mauern. Die BesitzerInnen fanden Sprüche wie "Türk's raus", "CZ - go home" und Hakenkreuze.

Hartheim-Ausstellung ein Erfolg

Die Landesausstellung "Wert des Lebens" war laut BetreiberInnen ein Erfolg und wird im Frühling 2004 vom Verein Schloss Hartheim die Lern- und Gedenkschau wieder für BesucherInnen eröffnet. Die Dokumentationsstelle des Landesarchivs bleibt Anlaufstelle für Menschen, deren Angehörige in der ehemaligen NS-Vernichtungsanstalt im Rahmen der NS-Euthanasie ermordet worden sind.

◆

(Anti-)rassistisches in Kürze



Anzeige gegen Strasser

Was oft vorkommt, nun aber mal an die Medien gelangte, ist, dass Flüchtlinge (in diesem Fall aus Tschetschenien) einen Asylantrag stellen wollten, dieser jedoch nicht angenommen wurde und die Leute nach Tschechien befördert wurden. Nachdem nun unter Anwendung von Zwangsgewalt "zurückgewiesene" Flüchtlinge vom Falter in einem tschechischen Flüchtlingslager aufgefunden wurden, erstattete Asyl in Not Strafanzeige wegen Amtsmissbrauchs, Nötigung und unterlassener Hilfeleistung gegen Innenminister Ernst Strasser und (einstweilen noch) unbekannte Mittäter in der Beamtenschaft.

Die Asylanträge wurden von den Grenzorganen nicht an das Bundesasylamt weitergeleitet. Stattdessen wurden Aufenthaltsverbote verhängt und die Flüchtlinge nach Tschechien zurückgeschoben. Dort können sie keine neuen Asylanträge stellen, weil sie vorher durch Tschechien durchgereist sind und schon in Österreich waren. In Tschechien droht ihnen sechs Monate Schubhaft und die Weiterschiebung - ins Ungewisse.

Dazu muss angemerkt werden, dass der Unabhängige Bundesasylsenat (UBAS) festgestellt hat, dass Tschechien kein sicherer Drittstaat ist.n Not)

EU: gemeinsam deportieren

Was von einigen EU-Staaten auf bilateraler Ebene bereits gängige Praxis ist, wird bald auf europäischer Ebene geregelt sein. Vom derzeitigen EU-Vorsitzenden aus Italien ging nun eine Initiative aus, mit dem Ziel "eine gemeinsame Rückführung von Drittstaatsangehörigen, die individuellen Rückführungsmaßnahmen unterliegen (nachfolgend als 'Drittstaatsangehörige' bezeichnet), aus zwei oder mehr Mitgliedsstaaten zu koordinieren." Der Begriff "Rückführung" beinhaltet dabei "alle Tätigkeiten, die für die Rückkehr der betreffenden Drittstaatsangehörigen erforderlich sind, einschließlich der Beförderung mittels Sammelflügen".

Das am 23. Oktober 2003 vorgelegte Papier, über dessen Inhalt innerhalb der Arbeitsgruppe der EU "Migration und Rückführung" Konsens erzielt wurde, enthält gemeinsame Leitlinien für Sicherheitsvorschriften bei gemeinsamen Rückführungen auf dem Luftweg. Darin wird auf viele "Probleme" wie eine "unbeeinträchtigte Atmung" eingegangen - wohl schon um von vornherein sicherzustellen, dass es nicht wieder zu unerwarteten Zwischenfällen bei Deportationen kommt, wie z.B. bei Marcus Omofuma, der am 1. Mai 1999 durch die Ausübung von Zwangsgewalt qualvoll erstickt wurde.

Alles soll genau geplant werden und "die Würde und körperliche Unversehrtheit der rückzuführenden Person dürfen nicht verletzt werden. Im Zweifelsfall ist die Rückführungsmaßnahme, einschließlich der Anwendung rechtmäßiger Zwangsmaßnahmen, die durch den Widerstand und die Gefährlichkeit der rückzuführenden Person gerechtfertigt sind, nach dem Grundsatz 'keine Rückführung um jeden Preis' abzubrechen."

Interessant sind jedenfalls auch die Anmerkungen zur Medienberichterstattung: "Die teilnehmenden Mitgliedstaaten einigen sich vor Beginn der Maßnahmen darüber, ob, in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt sie über Chartermaßnahmen berichten wollen. Informationen über die Rückführungen werden in der Regel nach Abschluss der Maßnahmen veröffentlicht. Die Veröffentlichung von Fotos oder sonstigen persönlichen Angaben zu den Flugbegleitern der Rückführungen ist zu vermeiden." Es scheint, als solle in Zukunft nur noch unter dem Ausschluss der Öffentlichkeit im Verborgenen abgeschoben werden, ohne die Möglichkeit, im Falle von Übergriffen - von denen auszugehen ist - gegen die AbschieberInnen etwas unternehmen zu können.

Diese Entscheidung, die gemeinsmam mit anderen Gesetzen und Vorschriften darauf abzielt, gemeinsam organisierte Deporationen mittels Charterflügen durchzuführen, könnte lediglich durch von NL und Frankreich eingebrachte Parlamentsvorbehalte zu Fall gebracht bzw. verzögert werden.

Der vollständige Text findet sich im Internet:
http://register.consilium.eu.int/pdf/de/03/st13/st13162.de03.pdf

◆

Asylgesetznovelle 2003: **asylfremde Motive und effiziente Deportationen**

Am 23. Oktober 2003 beschloss das Parlament in Wien mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ die Änderungen des Asylgesetzes 1997 (Asylgesetz-Novelle 2003), des Bundesbetreuungsgesetzes, des Bundesgesetzes über den unabhängigen Bundes-asylsenat und des Meldegesetzes. Diese Gesetzesänderung ist Teil der Harmonisierung der Ab-schottungspolitik innerhalb der EU und deren Umsetzung auf nationalstaatlicher Ebene - hin zu einem gemeinschaftlichen System von Abschottung, Inter-nierung und Deportation. Sie wird rechtzeitig mit der kommenden Erweiterung der EU am 1. Mai 2004 in Kraft treten.

TATblatt

Nach der Fremdenrechtsreform im letzten Jahr, die mit 1.1.2003 in Kraft trat, ist dies die zweite große Novelle im Bereich der Asyl- und Migra-tionspolitik unter rechts-konservativer Regierung in Österreich. Aus kritischer Sicht kann das Asylgesetz als Fortsetzung der sozialdemokratischen Abschot-tungspolitik der 90er Jahre gesehen werden. Während PolitikerInnen und NGO's darüber streiten, ob dies so ist und die Opposition (Grüne und SPÖ) Änderungen forderten, die sich in einem humaneren Umgang mit Flüchtlingen erschöpfen(1), sind die tatsächlichen Auswirkungen der Gesetzesnovelle (noch) nicht abzuschätzen. Klar ist jedenfalls, dass es zu einer schnelleren Abwicklung "offensichtlich unbegründeter Asylanträge" kommen wird - und damit zu einer schnelleren Deportation von nicht erwünschten Personen. Die Proteste gegen das neue Gesetz, welches sogar von offiziellen Institutionen wie UNHCR oder amnesty international in Frage gestellt wird, da es gegen internationale Men-schenrechts- und Flüchtlings-konventionen verstößt, waren erst unmittelbar vor der Be-schlussfassung vernehmbar (siehe Beitrag "Widerstand gegen die Asylgesetznovelle"). Vorher waren es vor allem Stellungnahmen von NGO's und Initiativen im Parlament, die eine Beschlussfassung noch vor dem Sommer erst mal verhinderten und so auf Herbst verschoben. Die Grünen veranstalteten - unterstützt von der SPÖ - einige ExpertInnenhearings. Doch konnte trotz anfangs geäußerter optimistischer Töne wie: "Nach vernichtendem Urteil muss Strasser Entwurf zurückziehen" (Stoisits nach dem ExpertInnenhearing am 23. September 2003) schlussendlich weder wesentlichen Verbesserungen für NGO's noch zugunsten der AsylwerberInnen erwirkt werden.

Sicht der Behörden

Auf no-racism.net wurde ein Schreiben von Gerhard Pichler vom Bürgerdienst und Aus-kunftsstelle des BMI veröffentlicht(2), aus dem deutlich hervorgeht, in welche Richtung die Asylgesetznovelle zielt. So wird einleitend argumentiert, dass die Fluchtbewegungen in den EU-Raum stark zugenommen hätten und Österreich davon überproportional betroffen sei. Das alte System (AsylG 1997) sei nicht (mehr) in der Lage, Asylverfahren in angemessener Zeit abzuschließen. "Lange Wartezeiten bis zur Ersteinvernahme sind die Folge. Eine Kontrolle der Dokumente und mitgeführten Gegenstände findet erst zum Zeitpunkt der Einvernahme statt, wodurch es zu weiteren Verzögerungen im Verfahren kommt. Folge- und Kettenanträge abgelehnter Asylwerber führen zu einer Belastung des Asylsystems und verzögern die Entscheidungen für berechtigt Schutzsuchende." Daraus wird klar, dass von vornherein eine Differenzierung vorgenommen werden soll: Um die steigende Anzahl von Asylanträgen zu minimieren, werden Kriterien geschaffen, die definieren, wann AsylwerberInnen nicht "berechtigt" sind, um Asyl anzusuchen.
Das Innenministerium hat erkannt: "Wachsende und sich

ständig ändernde Migrationsbewegungen führen zu immer neuen Formen der Wanderung." Und hier stört Herrn Pichler vor allem die "Vorspielung falscher Tatsachen", und er argumentiert weiter: "Oft werden Menschen unter Vorspiegelung falscher Tatsachen von organisierten Schlepperbanden in den EU-Raum verbracht." Dass Menschen - vor allem wegen der laufenden Verschärfungen in der Migrations- und Asylgesetzgebung - oft nur noch mit Unterstützung von FluchthelferInnen in den EU-Raum einreisen können, fällt nicht in die Wahrnehmung der ausführeden BeamtInnen.
Dass der EU-Raum 2004 erweitert wird, ist den Behörden jedenfalls nicht fremd. Und deshalb wundert es auch nicht, dass das AsylG mit 1. Mai 2004 in Kraft treten wird, jenem Tag eine Erweiterung der EU zu erwarten ist. Bis dahin sollen wesentliche Weichen für die weitere Harmonisierung des Asylwesens eine gesetzliche Grundlage erhalten.(3) Diese Harmonisierung zielt jedenfalls - und dies ist augenscheinlich - auf vermehrte und reiblungslosere Deportationen ab: "Das geplante neue Asylverfahren vereinbart Rechtsstaatlichkeit und Verfahrensökonomie."

Zangsinternierung?

Um das System von Internierung und Deportation möglichst effizient zu machen, werden in Österreich voraussichtlich zwei "Erstaufnahmestellen" errichtet. Im Gespräch sind Traiskirchen (NÖ) im Osten und Thalham (OÖ) im Westen.
In den Erstaufnahmestellen findet ein Zulassungsverfahren (zum eigentlichen Asylverfahren) statt, bei dem "unzulässige und offensichtlich unbegründete Anträge schnell gefiltert" werden sollen. Darüber hinaus ist eine Antragsstellung nur noch in den Erstaufnahmestellen möglich, in die Leute, die anderswo einen Antrag stellen, von Sicherheitsorganen vorzuführen sind. Weiters kommt es zu einer Durchsuchung der Personen. "Werden Dokumente oder Gegenstände, die Hinweise auf die Identität, die Staatsangehörigkeit oder den Reiseweg geben können, gefunden, dürfen diese Gegenstände vorläufig sichergestellt werden."
Während des Zulassungsverfahrens, das in der Regel nicht länger als 72 Stunden dauern soll, sind AsylwerberInnen in der Erstaufnahmestelle oder einer angelagerten Betreuungseinrichtung unterzubringen und zu versorgen. Ein Zwangscharakter ist hier jedenfalls nicht zu übersehen und diese Praxis als Zwangsinternierung zu bezeichnen, bis geklärt ist, ob die Leute sofort abgeschoben werden, liegt nicht fern. Dadurch soll wohl sichergestellt werden, dass die Leute auch tatsächlich das Land verlassen: "Dem Asylwerber ist in jedem Stadium des Verfahrens Rückkehrberatung als Perspektivenabklärung in Österreich und/oder seinem Herkunftsstaat zu gewähren."
Damit einer schnellen "Ausreise" auch nichts im Weg liegt, ist innerhalb von "48, längstens jedoch 72 Stunden nach Einbringung des Antrages (...) die Ersteinvernahme vorzunehmen. Zweck dieser Ersteinvernahme ist eine erste Abklärung der Identität, der Staatsangehörigkeit, des Fluchtweges und von in Österreich lebenden Verwandten des Asylwerbers und eine umfassende Befragung über die Fluchtgründe."(4)
Das Ziel dieser ersten Einvernahme ist, wie bereits erwähnt, möglichst schnell eine Ausweisung zu erreichen. Wird ein Antrag auf Zugang zum Asylverfahren abgelehnt, besteht keine weitere Aufenthaltsberechtigung.

Gründe für den Ausschluss vom Asylverfahren:

* "Ist der Asylwerber über einen 'Dublinstaat' oder einen sicheren Drittstaat eingereist, so ist Österreich für die Prüfung des Asylantrages unzuständig und der Antrag als unzulässig zurückzuweisen und mit einer Ausweisung zu verbinden."
* "Ein Antrag ist offensichtlich unbegründet, wenn der Asylwerber Staatsangehöriger eines sicheren Herkunftsstaates ist oder er die Behörde über seine Identität oder die Echtheit seiner Dokumente täuscht oder keinerlei Schutzgründe vorbringt."

reibungslose Deportation

Die Abweisung des Asylverfahrens ist in der Regel mit der Ausweisung verbunden, lediglich der "unabhängige Bundesasylsenat hat (...) die Möglichkeit, der gegen diesen Bescheid erhobenen Berufung aufschiebende Wirkung zuzuerkennen."
Im Falle einer geplanten Zurück- oder Abweisung erhält die/der AsylbewerberIn Unterstützung durch eine/n RechtsberaterIn, die/der "eine rechtliche Beratung des Asylwerbers vor der weiteren Einvernahme vornimmt, an dieser teilnimmt und den Asylwerber berät" - fragt sich nur, worin die Unterstützung besteht, wenn die Ausweisung schon geplant ist...
"Das neue Asylverfahren sieht eine Konzentration der Tatsachenermittlung beim Bundesasylamt vor." Neben einer umfassenden Befragung (mit Rechtsberatung und Informationen zur Rückkehrhilfe) wird von AsylwerberInnen vor allem eine "umfassende Mitwirkung am Verfahren" verlangt, was Hilfe bei der Beschaffung von Dokumenten, die zur Durchführung einer Abschiebung erforderlich sind, und eine freiwillige Ausreise beinhaltet. Die Prozedur soll auf jeden Fall sehr schnell und reibungslos ablaufen, denn: "Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass schon alleine das Vorbringen neuer Tatsachen in der Berufung zu einer erheblichen Verlängerung des Verfahrens führt."
Zwar lässt das Gesetz die Mög-

lichkeit offen, dass schon nach 72 Stunden eine positive Entscheidung gefällt wird und AsylbewerberInnen als Flüchtlinge anerkannt werden. Flüchten Leute jedoch vor "akuten Krisen" (wie z.B. den Kriegen im Kosovo, in Afghanistan oder im Irak), erscheint den GesetzgeberInnen eine "Bearbeitung von Asylanträgen Fremder (...) nicht sinnvoll." Um einen "Massenzustrom von Vertriebenen" zu verhindern, werden in diesen Fällen "Asylverfahren künftig (...) ausgesetzt." Stattdessen sollen europäische Richtlinien über vorübergehenden Schutz angewendet werden.
Eine weitere Veränderung betrifft "Asylfolgeanträge". Diese sollen in Zukunft - selbst bei Veränderungen der Situation im Herkunftsland - als Berufungen zu werten sein. Und somit kommt ihnen - wie bei Berufungen im neuen Asylgesetz vorgesehen - keine aufschiebende Wirkung zu. Liegt eine rechtskräftig abweisende oder zurückweisende Entscheidung vor, soll die die negative Entscheidung erster Instanz in jedem Fall vollstreckbar gemacht werden, was einer Deportation im laufenden Verfahren gleichkommt.

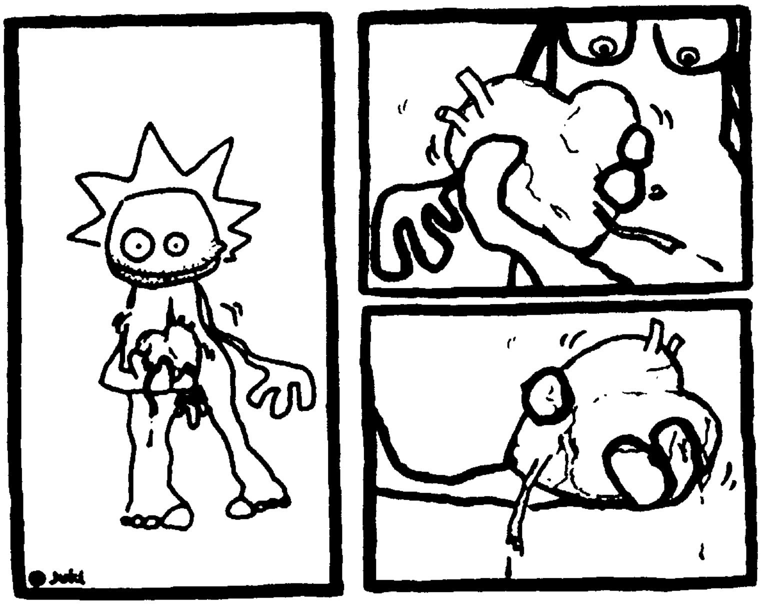
Mitarbeit am Verfahren

Da die AsylwerberInnen zur Mitarbeit am Verfahren angehalten werden, ist es auch nicht verwunderlich, dass dieses eingestellt wird, wenn sich die/der AntragstellerIn "ungerechtfertigt oder längerfristig und ohne eine neue Adresse anzugeben aus der Betreuungseinrichtung entfernt." Kommt es zur Einstellung, erlischt auch die vorläufige Aufenthaltsberechtigung. Aus diesen Regelungen ist ersichtlich, dass es nicht gewünscht ist, dass sich Flüchtlinge aus der Erstaufnahmestelle entfernen. Tun sie es trotzdem, können sie im Falle eines Aufgriffes festgenommen werden.
Die Sprache der PolitikerInnen und BeamtInnen ist zwar in der Regel so, dass sie ihre positiven Intentionen hervorkehren. Darin zeigt sich auch sehr deutlich der ihnen zugrundeliegende Rassismus. So zielen alle Maßnahmen darauf ab, dass die "Möglichkeit von Asylmissbrauch minimiert" wird. Gleichzeitig wird von "asylfremden Motiven" geredet und grundsätzlich davon ausgegangen, dass AsylwerberInnen falsche Tatsachen vorspielen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass AsylwerberInnen sofort durchsucht werden sollen und alle für eine rasche Ausweisung nützlichen Dokumente und Gegenstände beschlagnahmt werden, was einen starken Eingriff in die Privatsphäre von Personen gleichkommt. Gleichzeitig gibt es für Leute, die sich in einem laufenden Verfahren befinden, keinerlei soziale Sicherheit. So werden "aus der Bundesbetreuung trotz Hilfsbedürftigkeit ausgeschlossen bleiben: Staatsangehörige von EU-Mitgliedsländern, der Schweiz, Norwegen, Island und Liechtenstein; Staatsangehörige von Staaten, die ab 1.5.2004 EU-Mitgliedsstaaten sind; Asylwerber, die trotz Aufforderung nicht an der Feststellung seiner Identität oder Hilfsbedürftigkeit mitwirkt, die den Asylantrag aus asylfremden Motiven eingebracht haben, und die wegen einer gerichtlich strafbaren Handlung, wenn auch nicht rechtskräftig, verurteilt wurden."

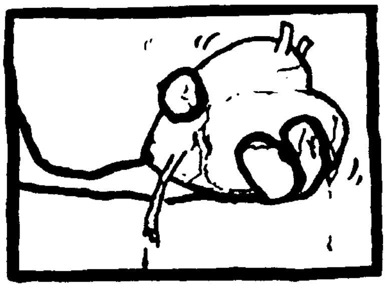
◆

Anmerkungen:
(1) so wurde zwar kritisiert, dass der Zugang von NGO's zu den Erstaufnahmestellen nicht gewährleistet und somit eine unabhängige Rechtsberatung kaum möglich sein wird, eine grundsätzliche Kritik an der Errichtung von Erstaufnahmestellen war jedoch kaum zu vernehmen.
(2) die folgenden Zitate sind diesem Schreiben entnommen, siehe no-racism.net/migration/asylgesetz2003_bmi.htm
(3) vgl.: Europa für alle gleich: Zum Prozess des "Aufbaus eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts", in TATblatt +194
(4) lediglich für Traumatisierte und Folteropfer bestehen hier Ausnahmen

Links:
www.no-racism.net
www.asyl.at
www.bmi.gv.at/fremdenwesen



Widerstand gegen die Asylgesetznovelle 2003



War es lange ziemlich ruhig um die geplanten Verschärfungen durch die Asylgesetznovelle 2003, so kam es kurz vor Beschlussfassung doch noch zu einigen Protesten und Initiativen, die darauf abzielten, die Gesetzesnovelle zum Fall zu bringen. Hier eine Aufzählung - ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Am Dienstag, 21. Oktober versammelten sich ab 16:00 Uhr 33 Personen zu einer Kundgebung gegen die AsylG-Novelle 2003 direkt vor dem Parlament in Wien (auf der ansonsten bei Demonstrationen gesperrten Rampe). Die Polizei war ein wenig verwirrt und wusste nicht, worum es ging. Es gab anfangs auch keine passenden Transparente, bis schließlich die Botschaft "Fluchtweg freihalten" entrollt wurde. Um 17:15 löste sich die Kundgebung dann wieder auf.

Rathausplatz am 22.10.03 um 7:09:59:

Finstere Gestalten schleichen herum auf der Suche nach der nicht-schon-? vorhandenen Demo. Über mystische Wege finden sich mit der Zeit ca. 15 Menschen, um die menschenverachtende Asylpolitik der österreichischen Bundesregierung öffentlich sichtbar zu machen. Im Rahmen dieser Aktion-Demonstration wurden Flugis an autofahrende PasantInnen verteilt, welche diese meist in der Wartezeit vor der Ampel auch lasen und in den seltesten Fällen wegwarfen. Relativ schnell waren die vorhandenen Flugzettel verteilt, und somit bestand keine Notwendigkeit die über die Bannmeile wachenden Beamten von ihrem Morgenschläfchen abzuhalten. So leise wie wir kamen, gingen wir wieder, wenn auch die nächtliche [nicht zu verwechseln mit der geistigen] Finsternis uns nicht mehr umhüllte."

Am 23. Oktober, dem Tag der Beschlussfassung, kam es zu mehreren Protesten:

Frühstück mit Mandela

Bei einem gemeinsamen Frühstück des südafrikanischen Ex-Präsidenten Nelson Mandela mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel im Hotels Sacher wurde versucht über die Asylgesetznovelle zu informieren. Ein Kundgebungsteilnehmer verlas die Botschaft an den Präsidenten auf Englisch. Die AktivistInnen sind von der Staatspolizei "gewaltsam" entfernt worden, im Hotelfoyer wurde einer von einem Beamten in Zivil in einen Würgegriff genommen, seine Personalien wie die eines zweiten wurden aufgenommen. Auf dem Transparent stand "Keine Chance für Mandela" was thematisierte, dass er in dem neuen Asylgesetz keine Chance gehabt hätte, als Flüchtling anerkannt zu werden.

Flugzettel an ParlamentarierInnen

Vor der Nationalratssitzung besuchten einige ParlamentarierInnen die Dürer-Ausstellung in der Albertina. Einige AktivistInnen nutzten die Gelegenheit und verteilten kurz vor der Beschlussfassung (um ca 09:00 Uhr) Flugis an die ParlamentarierInnen.

"Abschiebezentrale Parlament"

Vor einem Seiteneingang des Parlaments wurde ein "Abschiebezentrum" errichtet. Rund 30 "Einsatzkräfte" der Aktion *Äußerste Sicherheit* unterzogen die Nationalratsabgeordneten einem "Strasserschen Asylverfahren". Beim Betreten des Parlaments wurden die Abgeordneten zum Ausfüllen von Asylanträgen aufgefordert, die der Gesetzesnovelle entsprachen. Zudem wurden Fingerabdrücke genommen und "biometrische Daten" gespeichert. Die Abschiebungen erfolgten noch während der Berufungsfrist, ein nachträgliches Vorbringen von Asylgründen war wegen des Neuerungsverbotes nicht möglich.

Erst spät kam es zu Aktionen gegen die Asylgesetznovelle, deren Auswirkungen in ihrer Tragweite noch nich abzuschätzen sind.

Kundgebung vor dem Parlament

Vor dem Parlament demonstrierten die Volkshilfe, das Integrationshaus und andere Menschenrechtsgruppen, sowie die Parteijugend der SPÖ. Auf einem Transparent war ein Zitat des früheren SP-Bundeskanzler Bruno Kreisky aus dem Jahr 1938 zu lesen. "Wenn Sie mich jetzt zurückschicken, liefern Sie mich den Leuten aus, denen ich gerade entkommen bin", sagte Kreisky damals nach seiner Flucht vor dem NS-Regime. Das Integrationshaus war mit Sprüchen wie "Asyl in Lebengesfahr", "Es gibt Verantwortliche für diesese Gesetz" und "Verhindert

das Asylgesetz" vertreten.

Transparent im Parlament

Während der Rede von Innenminsiter Strasser im Rahmen der beschlussfassenden Sitzung im Nationalrat wurde ein Transparent mit der Aufschrift "Abschiebezentrale Parlament!" im ZuseherInnenraum des Parlaments ausgerollt. Diese Aktion war fuer alle ParlamentarierInnen sichtbar, und wurde live im ORF-Fernsehen übertragen, in späteren Nachrichtensendungen jedoch verschwiegen. Die AktivistInnen wurden rasch vom Sicherheitspersonal entfernt.

Kurz vor Beschlussfassung kam es noch zu einige Initiativen gegen die AsylG-Novelle 2003:

So verfassten einige **WissenschaftlerInnen** einen Appell an den Innenminister, in dem sie diesen aufforderten, "diesen Entwurf zurücknehmen und eine Reform vorzubereiten, die sachlich angemessen ist, rechtsstaatliche Prinzipien beachtet und jenen, die in Österreich Schutz suchen, ein faires Verfahren garantiert."

Die **Volkshilfe** startete am 6. Oktober 2003 eine Kampagne für ein menschlicheres Asylgesetz und die ÖH Uni Wien startete eine Protestmailaktion gegen die Umsetzung der Asylgesetznovelle 2003 unter dem Titel: "Strassers Mailbox Fluten, gehört werden!" E-Mails können einfach über Webformular abgeschickt werden: http://oeh.univie.ac.at/asyl_protest

SOS Mitmensch startete die Aktion "Notruf Asyl": "Bis zur Parlamentssitzung (...) rufen wir die Abgeordneten der Koalition telefonisch durch und bitten sie, den Entwurf des Gesetzes genau zu lesen, da es im parlamentarischen Alltag nicht üblich ist, dass alle MandatarInnen alle Vorlagen kennen." Die Tel-Nummer vom Parlament lautet: 01/40110.

◆

Schwedische Gleichberechtigung

Schweden hat sich international einen guten Ruf als Land erworben, das in puncto Gleichberechtigung von Frauen und Männern anderen etwas weiter voraus ist. Passend dazu ein Auszug aus einer Stellenanzeige der Botschaft von Schweden in Wien:
„Die Schwedische Botschaft in Wien sucht MitarbeiterIn für Empfang und Telefon ... Schweden und die Schwedische Botschaft streben nach Gleichstellung der Geschlechter und nehmen daher gerne Bewerbungen männlicher Interessenten entgegen."
Von einem österreichischen Ministerium bzw. einer Botschaft wäre ein solches Inserat blanker Zynismus angesichts der realen Verhältnisse. Bei Treffen, etwa der UmweltministerInnen der EU, ist Schweden ziemlich häufig das einzige Land, das eine Ministerin entsendet. Dafür werden Männer auch an die minder qualifizierten Stellen gelassen.

Katholische Schülerinnen in Aktion

Ein Exhibitionist, der Schülerinnen aus einer katholischen High School in Philadelphia in den USA zuvor mindestens sieben Mal belästigt hatte, erhielt am 31. Okt. eine Lektion erteilt. Als er wieder die Schülerinnen belästigte, traten 20 Schülerinnen gemeinsam in Aktion und jagten ihn durch die Straßen. Als sie ihn erwischten, wurde er niedergeprügelt und getreten. „Die Mädchen kamen und haben ihn getreten und geschlagen und so habe ich sie nicht daran gehindert", berichtete ein Nachbar, der bei dem Vorfall anwesend war. Der Täter wurde krankenhausreif geprügelt und wird nun zusätzlich wegen mehrer Straftaten angeklagt.

Homosexualität: Österreich wieder verurteilt

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EMGR) in Straßburg hat Österreich wieder einmal verurteilt. Dieses Mal betrifft es das Mietrechtsgesetz. Bisher verwehrte §14 Abs. 3 MRG gleichgeschlechtlichen LebenspartnerInnen den Eintritt in den Mietvertrag bei Ableben eines der beiden PartnerInnen. Das hat nun der Menschenrechtsgerichtshof als Verstoß gegen die Menschenrechtskonvention verurteilt. Bei der Abstimmung in der Kammer des EMGR fiel das Ergebnis 6:1 aus. Die RichterInnen aus Malta, Italien, Griechenland, Kroatien, Bulgarien und Dänemark stimmten für die Entscheidung. Nur der Österreicher war dagegen, wobei als obskure Begründung diente, „daß der Beschwerdeführer bereits verstorben sei". Es wäre wirklich ein Fortschritt für die Menschenrechte, wenn Österreich entsprechende Gremien nicht mehr beschicken dürfte.

Kein Zimmer frei

Die Gefängnisse in Österreich sind überbelegt, insgesamt hat der Staat etwa 270 Betten zu wenig einkalkuliert. Besonders stark überbelegt ist die Justizanstalt Josefstadt in Wien, in der Ende Oktober ca. 1.300 Menschen eingesperrt waren, obwohl nur Platz für 950 Menschen geplant ist. Als Sofortmaßnahme sollen Menschen in andere Gefängnisse transportiert werden und außerdem sollen um 6 Mio. zusätzliche Containerzellen in den Gefängnissen aufgestellt werden. "Das Problem wird uns länger beschäftigen", so Justizminister Böhmdorfer.
Diese Steigerung der Häftlingszahlen um ca. 10% im letzten Jahr kommen eigentlich nicht unerwartet. So wurde z. B. die Strafmündigkeit von 19 auf 18 Jahre gesenkt, die Drogengrenzmengen wurden vor zwei Jahren reduziert, auch die bedingte Entlassung aus der Haft findet in kaum 20% der Fälle statt, begleitend dazu wurde mit 1. Juli der Jugendgerichtshof aufgelöst. Die Erklärung dürfte jedoch nicht nur in einer durch SchwarzBlau verschärften Law and Order Politik zu suchen sein, auch die eher triste wirtschaftliche Lage verbunden mit der Reduktion staatlicher Unterstützungsleistungen wird wohl seinen Beitrag geleistet haben.
Die Haftzahlen stiegen besonders stark bei Jugendlichen (+ 66%), wegen Drogendelikten (+ 59%) und Diebstahl (+86%, vor allem U-Haft wegen Fluchtgefahr bei Menschen ohne EU-Pass). Eine exorbitante Steigerung der Haftantrittszahlen war bei Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren aufgrund leichter Drogendelikte seit 2000 zu verzeichnen: ein Plus von 162 Prozent. Diese ist vor allem in Wien und einigen anderen Gerichtssprengel zu verzeichnen, es liege jedoch „kein gesamtösterreichischer Trend" vor.

◆



TATblatt-Chronologie komplett und aktuell im Internet:

http://tatblatt.net

Am Mi. 22./Do. 23. Oktober gab es in Wien eine Vielzahl von verschiedensten Aktionen gegen das neues Asylgesetz: siehe dazu die dementsprechenden Artikel in dieser Ausgabe (Seite 12-13).

Samstag, 1. November: Rechtsextreme Heldenehrung am Zentralfriedhof

Aufrufen u.a. des Rings Freiheitlicher Jugend folgend, kamen zu Allerheiligen zahlreiche Rechts-extreme (fluktuierend) zum Grab des nationalsozialistischen Fliegers Walter Nowotny am Wiener Zentral-friedhof, dessen Ehrenstatus erst im vergangenen Frühjahr unter Protes-ten von ÖVP und FPÖ aberkannt worden war. AntifaschistInnen mobilisierten aus Protest dagegen ebenfalls zum Zentralfriedhof, einerseits aus dem trotzkistischen und antiimperialistischen Lager, andererseits in Abgrenzung zu deren mitunter antisemitisch konnotierten Aussagen von ihnen getrennt unabhängige Grup-pen vor allem aus dem Gegen-Schwarzblau-Umfeld. Insgesamt dürften zwischen 100 und 200 AntifaschistInnen gekommen sein. Es gelang ihnen nicht, das rechtsextreme Treiben wirklich zu behindern, zumal die meisten von ihnen erst fernab des Geschehens beim Friedhofseingang ausgiebig die Einheitsfront beschwören mussten. Beim Grab selbst sorgte die Polizei für eine Trennung von Anti-faschistInnen und Rechtsextremen. Ein Antifaschist wurde vorübergehend aus dem Friedhof entfernt, weil er eine Tafel zum Gedenken an Anne Frank trug.

Sonntag, 26. Oktober: Proteste gegen Militarismus am Nationalfeiertag.

Am 15. Geburtstag des TATblatts demonstrierte die Republik Österreich einmal mehr militärische Stärke mit öffentlichen Angelobungen und Kriegsspielplätzen, deren größter wieder am Heldenplatz aufgebaut wurde. Flugblätter gegen Abfangjäger wurden verteilt. Grüne Jugendliche boten vis-a-vis am Maria-Theresien-Platz "Worte gegen den Krieg". AktivistInnen des Friedensvolksbegehrens erhoben vor dem Parlament ihre Forderungen nach Erhalt der Neutralität sowie nach Nicht-Beteiligung an einer EU-Armee oder der NATO mittels mitgebrachter Tafeln. Und die United Aliens wüteten freilich auch wieder.

Samstag, 8. November: antifaschistische Demonstration in Wien-Floridsdorf.

Bericht von C.:
Ab 14.00 Uhr fanden sich am Franz-Jonas-Platz beim Bahnhof Floridsdorf etwa 175 Personen (Zählung eines Demonstranten) ein, um gegen das wachsende Aufkommen von faschistischen Umtrieben in Wien im Allgemeinen, in Floridsdorf im Besonderen, zu demonstrieren. Verschiedene RednerInnen nahmen in ihren Beiträgen darauf Bezug. Erwähnt wurden u.a. das Auftreten der rechtextremen Szene am 1. November beim Grab des NS-Fliegers Nowotny, der bevorstehende Gedenktag anlässlich der November-Pogrome oder auch die immer größer werdende Anzahl von jugendlichen Neonazi-Gruppierungen gerade in Floridsdorf. Ein trauriger Höhepunkt war dabei der Überfall auf das örtliche SJ-Lokal vor etwa einem Jahr gewesen.
Ein paar rechtsextreme Jugendliche waren auch gekommen und versuchten zu provozieren, wurden aber von Demo-TeilnehmerInnen entlarvt und von der Polizei weggeleitet.

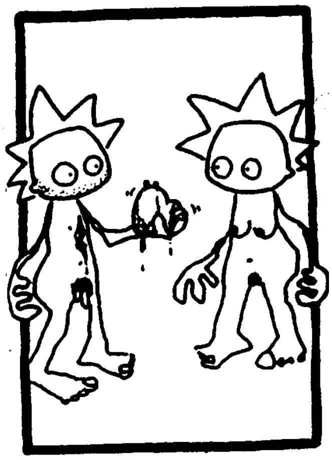
Sonntag, 9. November: Gedenken an Novemberpogrom.

An mehreren ehemaligen Standorten von beim Novemberpogrom 1938 zerstörten Synagogen sowie am Platz der Opfer der Deportation wurde auch heuer der Ereignisse vor 65 Jahren gedacht und gegen Antisemitismus demonstriert. In Bregenz wurde eine Demonstration von Rechtsextremen gestört. In Wien sorgten "Linke" für antisemitische Störungen. So wurde eine Rede von Alexander Friedmann, Mitglied des Vorstandes der Israelitischen Kultusgemeinde, bei einer Kundgebung in der Zirkusgasse in Wien 2, von rund zehn Personen mit palästinensischen Fahnen gestürmt und gestört.
weitere Berichte auf indymedia

Bericht von der Gedenkkundgebung zum 9. Nov. 1938 im Alten AKH:

Am Sonntag dem 9. November fand im Alten AKH eine Gedenkkundgebung anlässlich des Novemberpogroms von 1938 statt. Die Kundgebung war mit rund 100 TeilnehmerInnen recht gut besucht, bedenkt man, dass der Veranstaltungsort in einem Innenhof der Universität Wien - damit von der Straße nicht einsichtig - lag.
Während des Novemberpogroms 1938 wurden in Wien 27 Jüdinnen und Juden ermordet, 4000 Wohnungen und Geschäfte sowie 42 Synagogen vom antisemitischen Mob zerstört. Die 1903 im Alten AKH errichtete Synagoge wurde nach ihrer Verwüstung von den Nazis als Lagerraum genützt und - symptomatisch für den österreichischen Umgang mit der eigenen Vergangenheit - 1953 zur Trafostation umgebaut.

◆



Schöne Worte.

Kurzer Sommer der Medien.

Das Mediencamp beim Karlsplatz ist wieder weg. Die Medienlandschaft bleibt unverändert. Orange 94.0 wird weiter im Ungewissen über allfällige Finanzierungen gehalten. Für den offenen Fernsehkanal gibt es immerhin nun ein Konzept samt Zeitplan und Finanzierungsplänen - die Befürchtung einer völligen Vereinnahmung durch die Gemeinde Wien wurden aber alles andere als zerstreut.

TATblatt

Das Positive vorweg: Das freie Radio in Wien ist immer noch zu hören. Das verdankt es aber hauptsächlich seinen spendenfreudigen HörerInnen. Von der Gemeinde Wien gab es bislang lediglich das Entgegenkommen, überfällige Zahlungen aus laufenden Kooperationen zu tätigen, also für längst erbrachte vertraglich vereinbarte Leistungen zu bezahlen.
Ansonsten gab es weiterhin ausschließlich schöne Worte. Daran mangelte es auch nicht, als Mitte Oktober der Grüne Christoph Chorherr und die SozialdemokratInnen Barbara Novak und Jürgen Wutzlhofer ihr Konzept für offenes Communityfernsehen präsentierten.
Die unabhängige Wiener Medienszene reagierte skeptisch, räumte zwar ein, in den Aussagen der RathauspolitikerInnen einen gewissen sinnvollen Startpunkt ausmachen zu können, entgegnete aber, dass das Projekt nur dann erfolgreich realisiert werden könne, wenn es gelingt, das Projekt frei von parteipolitischer Einflussnahme zu halten. Als erster Prüfstein wird dabei die Besetzung des - von der Gemeinde eingesetzten (!) - Trägervereins gesehen. Zu diesem Zweck wird eine transparente öffentliche Darstellung der Auswahlkriterien und Ergebnisse der Besetzung des Trägervereins gefordert.

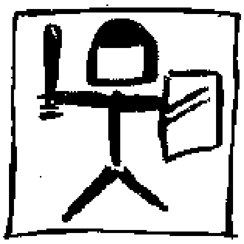
◆

Link:
http://mediencamp.karlsplatz.at

UVS-Bescheid zu Polizeieinsatz rechtswidrig!

MayDay2000

Der Verwaltungsgerichtshof hat einen Bescheid des Unabhängigen Verwaltungssenats Steiermark (UVS), der Beschwerden gegen einen Polizeieinsatz abgewiesen hatte, für rechtswidrig erklärt.
Am 6.10. 2000 kam es zu einem völlig überzogenen Polizeieinsatz während einer Wahlveranstaltung der ÖVP anlässlich des Auftritts des rechten CDU-Politikers Edmund Stoiber: Als etwa 15 junge Leute am Grazer Hauptplatz mit einem Transparent und ein paar Zwischenrufen protestierten, wurden sie von der Polizei eingekesselt, teilweise misshandelt, festgenommen und in Handschellen weggezerrt. Sowohl ein Aktivist, der versuchte zu fotografieren, als auch ein Mitarbeiter von "Radio Helsinki", wurden damals von der Polizei gewaltsam am Dokumentieren gehindert.
Sieben vom Polizeieinsatz Betroffene erhoben gegen das ungerechtfertigte und gewaltsame Vorgehen der Exekutive Beschwerde beim UVS. Jene Beschwerdeführer, die sich wegen Unterdrückung der Presse- und Dokumentationsarbeit an den UVS gewandt hatten, bekamen recht, alle anderen Beschwerden wegen Gewaltanwendung wurden zurückgewiesen. Da nicht mehr finanzielle Mitteln zur Verfügung standen, ging nur einer mit einer Beschwerde in Berufung.
In diesem Fall hat der Verwaltungsgerichtshof nun entschieden: Der UVS Steiermark hat sich schwere Mängel in der Beweiswürdigung zuschulden kommen lassen, er „überging" relevante ZeugInnenaussagen „zur Gänze" und ging in keiner



Weise auf „Abweichungen" zwischen den Aussagen der „Meldungsleger" (Polizisten) ein.
Deshalb wurde der Bescheid wegen Rechtswidrigkeit aufgehoben. Die Beschwerde wird nun erneut verhandelt.

◆

Für nähere Informationen gibt es eine Doku im Netz:
mayday.widerstand.org/stoiber.htm

MayDay2000 Graz
Post: Postfach 466, 8011 Graz
Email: mayday-graz@gmx.at
Support:
Sparbuch Nr. 32 22 61 85, BLZ 38 000,
Bezeichnung "MayDay2000 Graz"

Burma Campaign Austria News

Demonstration am Flughafen Amsterdam



Am 26. Oktober 2003 erlebten Fluggäste der AUA am Amsterdamer Flughafen Schiphol eine nette Überraschung.

TATblatt

Während die österreichischen Passagieresie auf einen Abflug mit der AUA warteten, demonstrierten 50 in den Niederlanden lebende Flüchtlinge aus Burma, eine Delegation des Gewerkschaftsdachverbandes FNV und das Burma Center Nederland (BCN) gegen die Flüge der AUA bzw. Lauda Air nach Burma. Die Reisenden wurden über die Menschenrechtslage in Burma und über die AUA ausführlich informiert. Außerdem hat der FNV in Zusammenarbeit mit dem BCN zehntausend an die AUA gerichtete Protestpostkarten in Umlauf gebracht.

Transportgewerkschaften gegen AUA-Flüge

Die International Transport Workers Federation (ITF) hat die AUA nach einem Treffen der Gewerkschaftsdelegierten der bei Fluggesellschaften der Star Alliance Beschäftigten (darin sind Lufthansa, AUA, Thai Airways u.a. zusammengeschlossen) aufgefordert, die Flüge nach Burma einzustellen. ITF-Generalsekretär David Cockroft forderte Vorstandsmitglied Josef Burger unmissverständlich auf, entweder die Flüge sofort zu beenden, oder umgehend mit der österreichischen Gewerkschaft HTV (Handel, Transport, Verkehr) Verhandlungen über ein baldiges Ende zu führen. Die ITF betont, dass die HTV (des ÖGB) die Resolution mitträgt. Damit hat sich zumindest eine Fachgewerkschaft des ÖGB doch noch besonnen.

Burma-Werbung am Bundeskongress des ÖGB

Während sich international Gewerkschaften gegen Tourismus in Burma stark machen, zeichnete sich am Bundeskongress (14-17 Okt.) des ÖGB im Austria Center ein anderes Bild: Dort bewarb beispielsweise Ruefa Reisen an ihrem Stand Flugreisen nach Burma. Ein Naheverhältnis des ÖGB zu Ruefa Reisen ist leicht herzustellen: Die BAWAG ist Teilhaberin an Ruefa Reisen, der ÖGB wiederum ist Hauptaktionär der BAWAG. Auch die Austrian Airlines war am ÖGB Bundeskongress mit einem Infostand vertreten – und das während sich die AUA-Belegschaft im Streik befand.

Abwärtsspirale

Die jüngsten Zahlen der AUA zeigen steil nach unten. Die Zahl der Linienpassagiere ist zuletzt um 7%, die der Charterpassagiere um 25% zurückgegangen. Bei den Aktionären sind die beiden einzigen unabhängigen, nämlich der US-Investor Wyser-Pratte und die Großbank Credit Suisse First Boston, dabei das sinkende Schiff zu verlassen. Wyser-Pratte reduzierte seine Anteile im September auf unter 5%, von der CSFB gibt es ebenfalls Gerüchte um weitere Abverkäufe. Alle anderen Aktionäre sind (je nach Unternehmen auch ehemalige) indirekte österreichische Staatsbeteiligungen, die auf Marktveränderungen traditionell nicht reagieren.

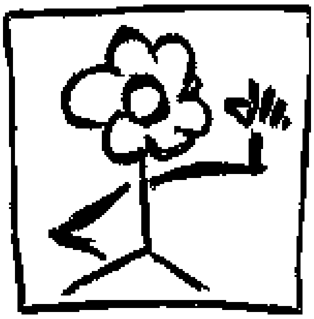
Erlahmende Propaganda für Reisen

Während im Vorjahr noch breitflächig für die Burmaflüge Propaganda gemacht wurde, ist diese heuer wesentlich schwächer geworden. Zu den unrühmlichen Ausnahmen zählt der Ö1 Club des ORF, der gemeinsam mit der Redaktion der Ö1-Sendung Ambiente, einer auch sonst kritiklosen Sendung, eine „Spezialreise" organisiert hat, in Wirklichkeit aber TouristInnen für das Verkehrsbüro keilt. Einige Reisebüros sind selbstverständlich unbelehrbar, siehe Ruefa, doch ansonsten sind viele Reisebüros deutlich leiser geworden. Die Bewerbung im Internet hat ebenfalls deutlich abgenommen. Außerdem: auf der Suche zu AUA und Burma findet sich zunächst mal eine Unzahl von Boykottaufrufen bis überhaupt das erste Reiseangebot erscheint.

> Zu den unrühmlichen Ausnahmen zählt der Ö1 Club des ORF

Erneute Proteste von Burmas Opposition

Nach dem burmesischen Exilparlament in Indien haben in weiteren Schreiben auch die exilierte Regierung (NCGUB – National Coalition Government of the Union of Burma) und die einzige unabhängige Gewerkschaft Burmas (FTUB – Free Trade Union of Burma), die ebenfalls außerhalb Burmas ihren Sitz hat, gegenüber der AUA gegen die Flüge protestiert und deren Einstellung gefordert. ◆



Kopflose Betonsozis

Laut Medien ein "Knalleffekt": Bei einer Verkehrsdiskussion in der Weinstadt Retz gab SP-Nationalrat Dr. Hannes Bauer bekannt, dass er im SPÖ-Klub einen Entschließungsantrag bezüglich der B 303 (Bundesstraße im Weinviertel, NÖ) einbringen wird. "Aufgrund der Entwicklung im Grenzland und der EU soll eine Umstufung ins A-Netz und ein Ausbau als kreuzungsfreie vierspurige Schnellstraße erfolgen", so Bauer. Wer hätte was anderes erwartet von den Betonsozis. Angeblich soll das der grenzüberschreitenden Kooperation dienen. Blöd ist nur, daß einerseits Verkehrsminister Gorbach darauf hinwies, daß das überhaupt nichts mit aktuellen Planungen zu tun hat. Zweitens wies der dort anwesende Vertreter Tschechiens auch noch darauf hin, daß für die tschechische Regierung der Ausbau oder Neubau der Straße Jihlava-Znojmo-Kleinhaugsdorf keine Priorität habe und es daher auch keine Planungen dafür gibt.

Neuer Wickel um 380kV-Leitung

Im Burgenland herrscht Unmut gegen die Verbundgesellschaft. Unterwart: "Wir haben es dem Verbund gestattet, dass er die 380 kV-Leitung durch unser Hottergebiet führt und somit auf uns Rücksicht nimmt - das war im Jahr 2000. Zwei Jahre später präsentierte uns DI Wanz (Verbund, Anm.) jedoch eine komplett andere Trasse, die wir auf jeden Fall ablehnen. Eine Unterschriftenaktion hat ergeben, dass fast 100 % der Bevölkerung gegen die Trasse ist, weil dieses Gebiet ein Naturschutzgebiet ist. Anscheinend wurde das vom Burgenländischen Naturschutz nicht richtig erhoben. Ich werde beim nächsten Verfahren alle falschen Begründungen aufzeigen", so Bürgermeister Josef Horvath.
Im wesentlichen geht es dabei um Trassenstreitigkeiten mit der Nachbargemeinde Rotenturm an der Pinka, die ursprünglich näher an der Trasse gewesen wäre, sich aber jetzt gegen eine neuerliche Trassenverlegung ausspricht.
Grundsätzlicher ist der Widerstand in der Steiermark. Die Gemeinden dort wollen nämlich gar keine Leitung und nicht nur wie im Burgenland eine in der Nachbargemeinde und nicht bei sich.

Klosterneuburger Umfahrungsstraße

Das ist Planung. Am 5. November beginnt das offizielle Behördenverfahren für die Klosterneuburger Umfahrungsstraße. Geplant ist die Umlegung eines Baches, die Rodung von 57.000 Quadratmetern Wald und noch dies und das. Außerdem wird der Billa und das Lagerhaus weggerissen. Auch ein vor wenigen Wochen eröffneter Würstelstand soll wieder weggerissen werden.

Kraftwerksbau an Ybbs nicht genehmigt

Drei Kraftwerks-Projekte an der Ybbs, NÖ, werden mit größter Wahrscheinlichkeit nicht genehmigt. In Kürze sollen den Projektbetreibern negative Bescheide des Landes NÖ zugestellt werden.

Laa/Th. fürchtet um Autobahnanbindung

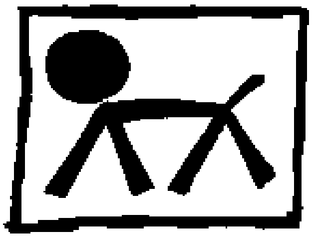
In Österreich fürchten Gemeinden nur eines: vom Verkehr verschont zu werden. In einer Resolution sprechen sich die Bürgermeister der Region Laa an der Thaya dafür aus, dass, sollte es weiter Widerstände gegen eine Trasse an Mistelbach vorbei geben, eine Trasse über Poysdorf gesucht wird. Die Planungen rund um Mistelbach sind derzeit ins Stocken gekommen.
Freude über den Vorstoß der Laaer Gemeinden hat, im Gegensatz zu Mistelbachs Bürgermeister Christian Resch, sein Poysdorfer Pendant Karl Wilfing: Eine Trasse über Ameis und Kleinhadersdorf würde das Walterskirchner EcoPlus-Betriebsgebiet aufwerten. Konkrete Planungen für eine derartige Trasse gibt es bislang aber noch nicht. Chefplaner Schwarz zur Variante Poysdorf: "Ergebnis war, dass mit geringen Widerständen aus der Bevölkerung zu rechnen sei, sonst gibt es aber noch nichts".

Hund schießt auf Jäger

Ein französischer Jäger aus den Pyrenäen wurde von seinem Hund angeschossen, weil er eine Jagdwaffe ungesichert im Kofferraum des Kombis herumliegen ließ. Der Hund löste den Abzug aus und traf ihn in die Hüfte.

◆

Neues von SHAC



Seit der letzten Ausgabe des TATblatt hat sich bei der Kampagne gegen Europas größtes Tierversuchsauftragslabor einiges getan. Ein kurzer chronologischer und unvollständiger Abriss.

In den USA wurde Anfang Oktober mit den Kreditkarten von zwei Vorstandsvorsitzenden von Chiron, einen HLS-Kunden, fast 25.000 US$ ausgegeben – für so nette Kleinigkeiten wie Konzertkarten, Kameras und Haushaltsgeräte. Kurz danach kündigte ein weiterer Lieferant dem britischen Labor die Verträge auf, was HLS dazu veranlaßte, alle LieferantInnen mit der Bitte sie nicht zu verlassen anzuschreiben. Die Ziele von SHAC erhielten sogar persönlichen Besuch von HLS-MitarbeiterInnen. Anfang Oktober wurden die Websites von drei japanischen HLS-KundInnen zum Erliegen gebracht, Ende des Monats wurde dann noch der Emailempfang von Daiichi (einem der drei Unternehmen) lahmgelegt.
Vertrauliche Informationen wurden über die finanzielle Situation einer Mitarbeiterin des HLS-Kunden Eisai veröffentlicht. Noch brisanter war die Veröffentlichung interner Dokumente der Firma Daiichi. In diesen werden Details über die Testphase eines Medikamentes gegen Krebs in der Bauchspeicheldrüse genannt. Unter anderem werden schwere Fehler eingeräumt, die zu den Tod von Testpersonen geführt haben, auch wird über eine Finanzkrise berichtet. Diese Dokumente wurden zu Informationszwecken an mehrere tausend HLS-Kunden, japanische Pharma- und Chemieunternehmen, Industrieverbände, klinische Testlabore, Wertpapierbanken, Biotechnologie-Analysten und Investmentbanken und an viele Medien weltweit, die ein Interesse an dem Thema Biotechnologie haben, verteilt.
Während einer Pharmazeutikmesse in Frankfurt, der weltweit größten und wichtigsten dieser Art, wurden die Stände von zwei KundInnen von HLS mit Ketchup übergossen, Flugblätter verteilt und mit Megaphon und Plakaten agitiert.
In Österreich wurde eine Messe mit Beteiligung und gesponsert von HLS KundInnen gestört: Am 25. Oktober drangen AktivistInnen mit einem Megaphon, einer Gashupe und tausenden Wurfschnitzeln auf den Weltkongreß für Männergesundheit auf der Universität vor. Die Intention in ein Symposium von BAYER und GLAXOSMITHKLINE vorzudringen wurde durch etliche Securities verhindert, die die AktivistInnen unsanft vor die Türe setzten.
Schließlich wurden am dritten November während eines Aktionstages die Telefonleitungen des Kunden Sankyo Pharma (Tel 485 86 42 und 0664 311 94 90) blockiert.
Während des Tages nahm die Bereitschaft der Angestellten, das Telefon anzuheben, merklich ab. Am Nachmittag schließlich wurde das Telefon ganz abgeschaltet.

◆

+++ TATblatt Originaltextservice +++

SABOTAGE

WO: BEI INZERSDORF
WANN: ANFANG NOVEMBER
WAS: BAUMASCHINE
WIE: QUARZSAND IN DEN TANK
WARUM: AUTOBAHNBAU

EARTH LIBERATION FRONT

+++ TATblatt Originaltextservice +++

Zusatzinformation durch das TATblatt für alle Nicht-WienerInnen: Inzersdorf ist ein Teil Wiens im Süden. Dort wird derzeit die S1, die früher B301 hieß, zwischen Schwechat und Vösendorf gebaut.

Liveaufnahmen von Tierversuchen

Als TATblatt ist man ja einiges gewöhnt. Letztens war wieder ein Höhepunkt. Durch mysteriöse Quellen erhielten wir ein Tonband, das Hundegejaule und Menschengebrüll enthält. Wir wurden darüber aufgeklärt, daß es sich hierbei um eine Aufnahme während eines Tierversuchs an Beagles bei Huntingdon Life Sciences in England handelt. Dabei werden die Hunde mißhandelt, während die Mißhandler auf diese einbrüllen und sie prügeln. Das alles in Ultralautstärke.
Weitere Recherchen ergaben, daß diese Tonbänder bei Demos vor Firmen Verwendung finden und Angestellten von Firmen, die Aufträge an HLS vergeben, vorgespielt werden. SHAC Portugal ging sogar so weit, dieses Geschrei einem Firmenmanager um zwei Uhr früh am Telefon vorzuspielen. Schockierend.
Wir möchten das wie immer im Sinne des öffentlichen Bildungsauftrags der Allgemeinheit nicht vorenthalten. Falls es InteressentInnen gibt, so senden wir eine Kopie gegen 5€ bar oder gegen Zusendung einer Cassette und ausreichend frankiertem Rückkuvert zu.

Ecuadorianischer Menschenrechtsaktivist ermordet

Verstrickt sich die OMV abermals in skrupellose Ölgeschäfte?

Genau einen Tag vor Eintreffen einer Delegation des Österreich-Multis OMV wurde ein bekannter Umwelt- und Menschenrechtsaktivist in Coca/Ecuador auf offener Straße erschossen.

Am Morgen des 4. November 2003 wurde der bekannte Umwelt- und Menschenrechtsaktivist Angel Shingre in Coca, Ecuador in ein Taxi gelockt, dort schwer verletzt und in einem Vorort von Coca auf die Straße gezerrt und mit drei Schüssen getötet. Angel Shingre unterstützte jahrelang indigene Dorfgemeinschaften und Kleinauern bei der Durchsetzung ihrer Rechte gegenüber Ölmultis. In den letzten Wochen vor seiner Ermordung organisierte er professionelle Rechtsvertretungen der indigenen Bevölkerung in Pindo und Shiripuno. Dort läuft gerade eine Klage gegen den Ölmulti Texaco wegen massiver Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen seit den 60er Jahren.
Erst im Juni war eine österreichische Umweltdelegation bei Angel Shingre. Er führte sie auch auf das „Ölfeld 7", an dem sich die österreichische Mineralölverwaltung OMV mit 25% beteiligen will. Die UmweltaktivistInnen fanden eine katastrophale Situation vor. Pipeline-Brüche sind an der Tagesordnung und Zerstören die Lebensgrundlagen der dort lebenden Menschen. Nur einen Tag nach dem Mord traf genau dort (auch die Stadt Coca liegt in diesem Gebiet) eine Delegation der OMV zum einem sogenannten Umweltaudit ein, das die entgültigen Vorraussetzungen für den Einkauf der OMV schaffen soll.

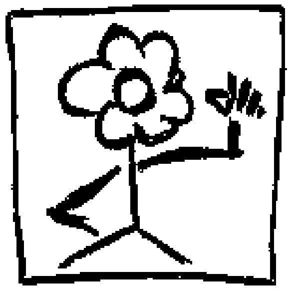
Nach der militärischen Besetzung des Dorfes Shushufindi und dem Mord an Angel Shingre, scheint der nächste brutale Konflikt schon vorprogrammiert. Denn die indigene Bevölkerung im Süden des Landes wird die geplante Ölförderung, die Enteignungen und die Willkür von Behörden und Konzernen nicht schweigend hinnehmen. AktivistInnen belegen mit Beispielen aus der Vergangenheit, dass die Gegenseite nicht Zögern wird zu den Waffen zu greifen.
Auch im Sudan hatte die OMV eine Beteiligung an Ölbohrungen nach einer Kampagne verkaufen müssen: mit den Öleinnahmen wurde der blutige Bürgerkrieg finanziert. Wird sich der Konzern ein weiteres Mal kalte Füße holen?

◆

Ölmulti Chevron-Texaco verklagt

30.000 KlägerInnen haben in Ecuador den Ölmulti auf eine Milliarde US-Dollar Schadenersatz wegen Umweltverschmutzung durch frühere Ölbohrungen verklagt. Dadurch wurde der Regenwald zerstört und Unmengen toxischer Substanzen freigesetzt. ChevronTexaco bestreitet die Vorwürfe; sie hätten nach dem Ende der Bohrungen "aufgeräumt". Für die Klagen hat sich eine Allianz von lokaler Bevölkerung und Indigenen zusammengefunden. ChevronTexaco versuchte gleich den ersten Prozeßtag dazu zu nutzen, das Verfahren durch formale Tricks zu kippen und bestritt die Zuständigkeit des Gerichts.

Gentechnik:
„Französische Vandalen“ zerstören Hoffungen



Der Abschied des US-Gentechnik-Multis Monsanto aus Europa gestaltete sich feierlich. Zum Abgesang auf den Gentechnikmarkt in Europa sandte die International Harold Tribune (IHT) eine Hasstirade gegen französische AktivistInnen, weil französische Genfelder praktisch vollständig zerstört wurden. Alleine in diesem Jahr wurde die Hälfte aller Versuchsfelder in Frankreich zerstört.

TATblatt

Eine Kehrtwende ist für die Gentechindustrie nicht mehr in Sicht. Erst vor kurzem fand die erste Besetzung eines Gentechnikfeldes in Spanien statt, wo bisher Ignoranz herrschte. Andere Länder, wie Italien, Großbritannien, Deutschland oder Österreich sind sowieso verloren.
Der US-Agrokonzern Monsanto, der weltgrößte Entwickler von genetisch veränderten Nutzpflanzen, streicht nach einem Ergebniseinbruch bis Ende 2004 weltweit 1.200 Jobs, das sind neun Prozent der Belegschaft. Zugleich stellt Monsanto zwei Forschungsprojekte ein, darunter die Grundlagenforschung zur Herstellung von Medikamenten in Pflanzen. Außerdem zieht sich der Monsanto aus der verlustträchtigen Zucht von Weizen und der Saatgutproduktion in Europa zurück. Die Zuchtanstalten in Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Tschechien werden geschlossen.

Sterbende Waisenkinder

Dem Präsidenten der Uruguayan Cystic Fibrosis Foundation, einer mäßig bekannten Organisation, räumte die IHT weiträumigen Platz für seine Verurteilung der „französischen Vandalen, die die Hoffnungen zerstört haben“, ein. Er durfte eine herzzerreißende Geschichte zum besten geben, daß nun uruguayische Waisenkinder sterben müssten, weil Versuchspflanzen zur Heilung von Krankheiten zerstört worden wären. Nun ist die IHT das Sprachrohr der außenpolitischen EntscheidungsträgerInnen der USA in Europa und der Kommentar zeigt, daß die Beziehungen zu Frankreich noch immer etwas beschädigt sein dürften. Zum anderen hat sich offensichtlich die EU in die Reihe der Schurkenstaaten eingegliedert, ist möglicherweise sogar schurkenhafter, weil Nordkorea gerne Gentechweizen aus den USA übernimmt.
Jedenfalls veröffentlichten auch in Frankreich 1500 WissenschaftlerInnen ein Pamphlet, in dem zur Beendigung der Zerstörung von Gentechfeldern aufgefordert wurde. Die Zerstörungen hätten demnach jahrelange Forschungsarbeit vernichtet.
Gleichzeitig ist die IHT besorgt, daß der Gentechnikmarkt in China geschädigt werden könnte. In China wird großflächig geforscht und (angeblich versuchweise) angebaut, etwa Baumwolle, Weizen, Tomaten oder Reis. Das Forschungsbudget soll in den nächsten Jahren vervielfacht werden. In China wachsen jedoch Befürchtungen, daß die Ablehnung von Gentechnik in wichtigen Exportmärkten, v.a. in Europa und einzelnen asiatischen Ländern, Auswirkungen haben dürfte, obwohl der Großteil der Produktion für den Inlandsmarkt vorgesehen ist. Durch das Internet schwappt die internationale Debatte und die Ablehnung auch schon nach China hinein und einige chinesische Zeitungen haben bereits über die Gefahren von Gentechprodukten berichtet. Der Präsident der China Agricultural University, die führend bei der Einführung von Gensorten ist, geht zwar davon aus, daß großflächiger kommerzieller Anbau von Gensorten nicht einen Frage von ob sondern von wann ist, daß aber die Akzeptanz in China hauptsächlich von Europa abhängt.

Er durfte eine herzzerreißende Geschichte zum besten geben, daß nun uruguayische Waisenkinder sterben müssten, weil Versuchspflanzen zur Heilung von Krankheiten zerstört worden wären.

Crop Trashing UK

Großbritannien war 1996 ein sicherer Hafen für die Gentechindustrie. Nicht gekennzeichnete Lebensmittel wurden an ahnungslose KonsumentInnen

verfüttert und ungeahnte Profite winkten. Doch 1997 begannen zahlreiche Sabotageakte, die sich in den folgenden Jahren weiter steigerten. Mit der Debatte verschwanden Genprodukte wieder aus den Regalen. Die Zahl der Versuchsfelder ging jedes Jahr drastisch zurück, und jedes Jahr werden zwei Drittel davon komplett zerstört. 2002 fand die erste öffentliche Zerstörung während des Tages statt. Seit Mai 2003 ist Schottland genfrei. In Wales gibt es nur ein Versuchsfeld, das zudem 2002 teilweise vernichtet wurde. Großbritannien ist das wichtigste Land, wenn es um den Rückzug von Multis aus der gentechnischen Landwirtschaft geht. Novartis, Monsanto und Astra Zeneca haben ihren entsprechenden Firmenanteil abgestoßen, sodaß nun Bayer der wichtigste Genmulti ist. Allerdings verlautbarte Bayer vor kurzem, daß in Großbritannien von Bayer keine Versuchsfelder mehr eröffnet werden, wenn die Regierung weiterhin die Standorte veröffentlicht. Bayer war 2002 Inhaber von 85% der Genfelder in Großbritannien.

Während die Regierung Blair nach wie vor der aktivste Proponent von Gentechlandwirtschaft ist, haben die Gerichte den Kampf bereits aufgegeben. Verurteilungen gab es bisher nur in Schottland, während in England und Wales allenfalls Bagatellstrafen drohen. Fast alle Verfahren werden ohnehin eingestellt, da die Staatsanwaltschafen davon ausgehen, daß bei einem Gericht mit einer Jury die Angeklagten ohnehin freigesprochen werden. Mittlerweile ist Genfeldzerstörung in England also straffrei.

Zielscheibe Bayer

Durch die Übernahme von Aventis CropScience durch Bayer, nunmehr Bayer CropScience, hat sich Bayer zur internationalen Zielscheibe gemacht. Wenig zur Steigerung der Sympathien für Bayer trug auch die Meldung der britischen Zeitung Daily Telegraph bei, daß es Bayer gelungen war, den britischen Umweltminister Michael Meacher zu stürzen, weil dieser eine gentechnikfeindliche Einstellung gezeigt hatte. Meacher ist eine deklarierter Gegner von Tony Blair: „Niemand kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt garantieren, dass gentechnische Lebensmittel sicher sind – am allerwenigsten Tony Blair". Während Meacher abgesägt wurde, setzte Blair ein „Dialog-Forum" ein, in dem Bayer-Lobbyist Paul Rylott mit von der Partie ist.

Letzte Hoffnungen

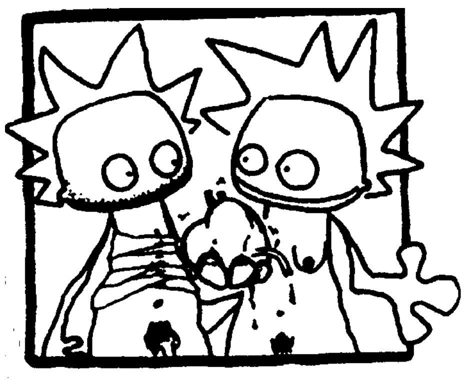
Die USA betreiben, nunmehr primär im Dienst von Bayer statt Monsanto, eine Politik der brachialen Methoden, weil eigentlich nur noch der US-Markt (70% der Lebensmittel enthalten Gentechnikbestandteile) stabil gehalten werden kann. Dem dient vor allem die Androhung eines neuen Handelskrieges mit der EU als Folge eines Verfahrens vor der Welthandelsorganisation (WTO). Weitere Gefahren drohen von der Gentechnikindustrie innerhalb der EU, die über windige „Schwellenwerte", d.h. dass bis zu einem bestimmten Anteil an Gentechbestandteilen ein Lebensmittel noch immer als gentechnikfrei gilt, und durch Zulassungen zum kommerziellen Anbau innerhalb der EU endlich freie Bahn haben will.

Allerdings wird der US-Lobby die Zeit knapp. Im Land selbst wächst die Beunruhigung, die zeitweise nur mittels Polizeistaat niedergehalten wird. Im Juni fand in Sacramento, California, eine interministerielle Konferenz der US-Regierung samt Landwirtschaftsausstellung über fünf Tage statt, die 5.000 GegendemonstrantInnen anzog. Dort wurde die US-Linie für die WTO-Konferenz in Cancun, die später scheiterte, festgelegt. Die DemonstrantInnen erlebten den AntiTerror-Polizeistaat in Reinkultur mit vorbeugenden Verhaftungen, 1.000 PolizistInnen in Kampfmontur, mehrfachen Einkesselungen von Gruppen, Einschüchterungsversuchen aller Art und medialer Hetze. Trotzdem gelang es den AktivistInnen viele Aktionen durchzuführen und ihre Botschaft in der Öffentlichkeit durchzubringen.

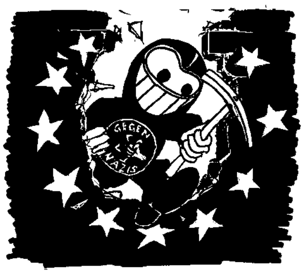
Falls es den USA nicht gelingt, die EU zu knacken, bleibt nur das kleine Inselchen in deren Mitte als Hoffnung übrig. Vor einigen Tagen genehmigte das Schweizerische Umweltministerium einen Freisetzungsversuch mit Gentechweizen durch die Universität in Zürich, die ETH-Zürich. Der Weizen enthält Antibiotikaresistenzgene, was das Ministerium zwar für unnötig hält, aber auch nicht für umweltgefährdend. Damit ist der übliche Weg vorgezeichnet: Sinnlos, aber behördlich genehmigt.

> Bayer verlautbarte vor kurzem, daß in Großbritannien von Bayer keine Versuchsfelder mehr eröffnet werden, wenn die Regierung weiterhin die Standorte veröffentlicht.

Infos:
www.geneticsaction.org.uk
www.bayerhazard.com



5 Monate nach dem EU-Gipfel: **Hungerstreik in Griechenland**



Während dem EU-Gipfel bei Thessaloniki, Griechenland, im Juni dieses Jahres, wurden von Seiten der Mächtigen nicht nur über die EU-Armee, verschärfte Maßnahmen gegen unerwünschte Einwanderung, eine „Verfassung" für die EU und die Aufnahme der neuen Staaten debattiert, sondern auch die Protest- und Gegenveranstaltungen mit Repression überzogen.

Neben etlichen Verletzten gab es ca. 120 Festnahmen, schwere Anklage soll gegen 29 AktivistInnen erhoben werden, darunter zwei Leute aus Graz. Sieben der Inhaftierten sind noch immer in Haft.
Fünf der Inhaftierten sahen als letzte Möglichkeit ihren politischen Kampf fortzusetzen den Hungerstreik - und vorübergehend sogar einen Durststreik. Castro begann am 21. September einen zeitlich unbegrenzten Hungerstreik, da ihm die Anschiebung nach Syrien und somit eventuell sogar die Todesstrafe droht.
Carlos Martinez, Fernando Perez und Simon Chapman schlossen sich am 5. Oktober dem Hungerstreik an, um die Forderungen Cstros zu unterstützen und um die erlittenen Misshandlungen und ihre Situation anzuprangern. Ab den 8. Oktober beteiligte sich auch Spyros Tsistas an den Protest. Ihr gesundheitlicher Zustand ist bereits besorgniserregend, auch der Druck der Autoritäten auf die Inhaftierten nimmt zu.

Chronologie des Hungerstreiks

Diavata Hochsicherheitsgefängnis Thessaloniki:
21.September 2003: Soulieman Dakduk (Castro) beginnt einen zeitlich unbefristeten Hungerstreik gegen seine Deportation nach Syrien.
28.September 2003: Ein am 11.September eingebrachter Einspruch gegen die Haft wird abgelehnt.
5. Oktober 2003: Carlos Martinez, Fernando Perez und Simon Chapman schließen sich dem Hungerstreik an, um die Forderungen Suleimans (Castro) zu unterstützen und um die erlittenen Misshandlungen und ihre Situation ohne juristische Gewährleistung ihrer Rechte anzuprangern.
8. Oktober 2003: Spyros Tsitsas beginnt ebenfalls einen Hungerstreik. Somit haben sich fünf der Inhaftierten entschlossen, auf dieses extreme Druckmittel zurückzugreifen, um für ihre Freilassung zu kämpfen.
22. Oktober 2003: Ein ärztliches Team besucht die Hungerstreikenden. Diese haben bereits einiges an Gewicht verloren. Castro geht es so weit so gut, obwohl er an Kopfschmerzen leidet. Er befindet sich nun seit 31 Tagen in Hungerstreik.
23. Oktober 2003: Ein Antrag, die Gefangenen nach fünfmonatiger Untersuchungshaft zu entlassen, wird abgelehnt.
27: Oktober 203: Wegen des Ernährungsmangels leiden die fünf regelmäßig an Kopfschmerzen, sie haben Ohnmachtsfälle, Blutungsschwankungen und vor allem Gewichtsverlust. Und in einem Fall Organschäden, die sich als irreversibel erweisen könnten. Spyros wird zu Erste Hilfe Maßnahen einige Stunden ins Krankenhaus gebracht.
30. Oktober 2003: Das Legal Team weist in einer Presseerklärung darauf hin, dass die Hungerstreikenden speziellen Haftbedingungen unterliegen. Im griechischen Strafgesetzbuch wird Hungerstreik als unveräußerliches Recht angesehen. Im Gefängnis Diavata gilt dies jedoch als Disziplinarvergehen, das inoffiziell Sanktionen zu Folge hat, wie Kontaktsperre zu Vertrauenspersonen.
3. November 2003: Carlos Martin Martinez wurde nach 30 Tagen ohne Essen in ein Spital eingewiesen.
5. November 2003: Nachdem er einen Tag in zwei verschiedenen Spitälern verbrachte, wurde Carlos Martin zurück ins Gefängnis gebracht. Im Spital kam es zu Misshandlungen durch die Polizei; Carlos wurde an einen Sessel gefesselt und wiederholt geschlagen und getreten. Auch der Zustand der übrigen Hungerstreikenden wird von Tag zu Tag kritischer. Castro kann das Bett nicht mehr verlassen. Simon Chapman kann nicht mehr schlafen. Fernando Perez hat Blut im Stuhl.
6. November 2003: Fernando Perez und Spyros Tsitsas wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Beide fühlen sich wegen des Hungerstreiks sehr schwach aber leiden noch nicht unter Organschäden. Sie verweigern Infusionen. Carlos Martinez Gesundheitszustand ist schlecht, aber er fühlt sich stark und optimistisch und will mit dem Hungerstreik weitermachen. Die griechischen Behörden versuchen seine Mutter zu überzeugen, Carlos zu besuchen. Wahrscheinlich wollen sie, dass sie die Erlaubnis unterschreibt, dass Carlos künstlich ernährt werden darf.
8. November 2003: Alle fünf Hungerstreikenden werden ins Spital gebracht, wo sie von einem massiven Polizeiaufgebot bewacht werden. Sie haben sehr viel Gewicht verloren und ihr gesundheitlicher Zustand wird zunehmend kritischer. Trotzdem erklären sie, ihren Kampf fortzusetzen.
9. November 2003: Castro befindet

sich seit 50 Tagen in Hungerstreik.
10. November 2003: Die fünf Hungerstreikenden verweigern nun auch die Aufnahme von Flüssigkeit. Ihre Gesundheit ist dadurch noch akuter gefährdet. Sie werden im Spital massiv von der Polizei bewacht und bedroht. Diese dramatische Eskalation ihres Protestes ist eine Reaktion auf die ständige Verweigerung ihrer Rechte, besonders seit ihrer Aufnahme im Krankenhaus. Die Forderungen illustrieren ihre verzweifelte Situation: Konatkt zu den RechtsanwältInnen, die Erlaubnis zu telefonieren, Privatsphäre bei der Benützung des WC.

Hochsicherheitsgefängnis Ppapnjkola'oy nahe Athen:
11. November 2003: Am Morgen werden die fünf Hunger- und Durststreikenden trotz ihres kritischen gesundheitlichen Zustandes 400 km quer durch Griechenland ins Spital im Hochsicherheitsgefängnis bei Athen gebracht - begleitet von massivem Polizeiaufgebot, wird jedoch ohne die AnwältInnen zu informieren. Die Gefangenen werden vorerst keine Betten zur Verfügung gestellt und Decken verweigert. Fernando, einer der Gefangenen, war so geschwächt, dass er in ein öffentliches Krankenhaus überstellt werden musste - er kann sich kaum noch bewegen.
Nachdem die griechischen Behörden nachgegeben und Kontakt zu den RechtsanwältInnen, Telefon, Bücher, und Privatsphäre beim Benützen der Toiletten genehmigt haben, beginnen die Gefangenen wieder, Wasser zu sich zu nehmen. Die Situation ist jedoch weiterhin sehr sehr ernst. Das Legal Team brachte am Vormittag einen Antrag ein, die Gefangenen wegen ihrer gesundheitlichen Probleme auf Kaution freizulassen.

25 Jahre Gefängnis?

Den sieben noch Inhaftierten und 20 weiteren Angeklagte droht wegen teils offensichtlich konstruierter Anklagepunkte wie der schweren Sachbeschädigung, des Widerstands gegen Staatsbeamte, der öffentlichen Ruhestörung, der Brandstiftung und des Besitzes sowie des Gebrauchs von Waffen bzw. Sprengstoff (Zwillen und Molotov-Cocktails) fünf bis 25 Jahre Haft. Zwei Leute wurden gleich im Anschluss an die Proteste in Schnellverfahren verurteilt.
Es gab und gibt international - vor allem in Großbritannien und Griechenland - etliche Soliaktionen, um politischen Druck für die Freilassung aufzubauen, auch auf juristischen Gebiet wird mit allen Mitteln für eine Freilassung der Gefangenen gekämpft.
Für 25. November wird in Wien eine Demonstration von der italienischen zur griechischen Botschft vorbereitet. Denn im November beginnen auch einige Prozesse gegen Leute, die nach Genau verhaftet wurden... ◆

Weitere Informationen:
http://at.indymedia.org
http://thessaloniki.indymedia.org
http://freesimonchapman.org

Wen Do - Weg der Frauen, oder wieder lernen die Doppelaxt zu schwingen

Wen Do ist feministische Selbstverteidigung, die von Frauen entwickelt wurde und wird, und ausschließlich an Frauen und Mädchen weiergegeben wird. Wir machen Grundkurse, Fortgeschrittenenkurse, Trainings zu speziellen Schwerpunkten und trainieren in selbstorganisierten Trainingsgruppen.
Wenn du mehr Informationen über WEN DO willst, schicken wir dir das WEN DO-Faltblatt, ausschließlich für Frauen, Lesben und Mädchen, zu. Ruf an unter der Telefonnummer 01 - 408 50 57 und hinterlass deinen Namen und deine Adresse für die regionale WEN DO-Gruppe Wien am Anrufbeantworter. Wir rufen zurück oder schicken dir die Informationen zu.

Die nächsten Termine
* im FrauenLesbenMädchenZentrum FZ, Währingerstr. 59/6, 1090 Wien
29./30. November 2003
* Grundkurs für Frauen mit Behinderungen
Sa. u. So. 10-17 Uhr
Organisation und Anmeldung: NINLIL, Verein wider die sexuelle Gewalt gegen Frauen, die geistig oder mehrfachbehindert klassifiziert sind, Tel.: 714 39 39
Der Kurs findet in barierefreien Räumen statt.

24./25. Jänner 2004, Grundkurs
Sa. und So. 10-17h
Anmeldung: Überweisung der Kursgebühren bis 14.1.04

Allgemeine Informationen

Mitzunehmen sind: bequeme Kleidung und eventuell auch eine Jause.
Kosten: Die Kurskosten sind nach deinem gesamten (Netto-) Einkommen gestaffelt. (Monatliche Kinderbeihilfe für Kinder, mit denen du lebst, oder für die du sorgst und eigenes Pflegegeld zählen wir nicht zum Einkommen.) Unter Euro 600/ ca. öS 8.250,- kostenlos oder Beitrag nach **Selbsteinschätzung**.
Wenn ihr (Mädchen und junge Frauen) den Kurs aus eurem Taschengeld bezahlen müßt, weil euch die Eltern oder andere Erwachsene nicht unterstützen, kostet euch der Kurs bis zu Euro 8,-/ ca. 110,-
Anmeldung: erfolgt durch Überweisung der Kurskosten. Wenn du kostenlos teilnimmst, melde dich schriftlich, telefonisch oder per e-mail an. Anmeldefrist ist bis 10 Tage vor Kursbeginn, damit alle rechtzeitig wissen, ob der der Kurs zustande kommt. Gib bei deiner Anmeldung (Vor)Name, Telefonnummer und Kursdatum an, damit wir dir rechtzeitig Bescheid geben wkönnen. Bei deiner Absage bis 1 Woche vor Kursbeginn kann das Kursgeld zurück überwiesen werden.
Überweisung: auf:
PSK, Kontonummer: 78.231.131
Stichwort: Selbstverteidigung für
Anmeldung ohne Überweisung:
Tel.: 01-408 50 57 oder
E-mail: wendowien@hotmail.com ◆



Italienischer Bekämpfer der Mafia warnt Österreich



Das allgemeine Klima der Duldung von Steuerhinterziehung in Österreich ist ein Nährboden für die Mafia, erläuterte vor kurzem der ehemalige Bürgermeister von Palermo in Sizilien, Leoluca Orlando. Von dieser kulturellen Mentalität gehe eine Gefahr aus, und dies sei besonders bei den Banken wichtig.

TATblatt

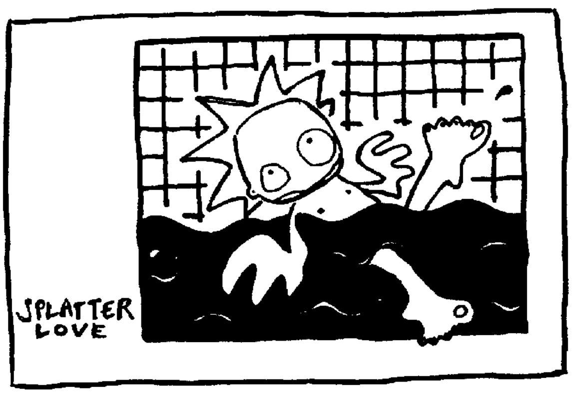
Wir dürfen uns wundern, an wen der Standard, eine von der Bank Austria finanzierte Tageszeitung, diese Botschaft gerichtet hat. Vielleicht an die konkurrierende Erste Bank.
Vor 20 Jahren ereignete sich der größte Bankenskandal der italienischen Geschichte mit dem Zusammenbruch der Banco Ambrosiano, der durch die Ermordung des ehemaligen Generaldirektors Roberto Calvi gekrönt wurde. Calvi wurde erhängt unter der einer Brücke in London aufgefunden. Das Mordverfahren wurde zuerst wegen angeblichen Selbstmordes eingestellt, dann im Oktober 2002 jedoch nach 20 Jahren wieder aufgenommen.
Nach dem Zusammenbruch der Banco Ambrosiano entstand aus den Ruinen die Nuovo Banco Ambrosiano. Ein wichtiges Indiz für die Neuaufnahme des Verfahrens war neben der Exhumierung von Calvi der Fund von persönlichen Dokumenten Calvis und seiner Mutter über Geschäfte der alten Banco Ambrosiano in den Tresoren der Nuovo Banco Ambrosiano. Dem Standard war es schon 1995 eine größere Nachricht wert, daß die Erste Bank ein weitreichendes Kooperationsabkommen mit der neuen Banco Ambrosiano hat.
In diese Zeit fällt allerdings auch der „Fund" verschobener Mafiagelder des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi, der bis heute flüchtig ist. Er hatte seine Fluchtgelder der früheren Creditanstalt anvertraut. Der frühere Sekretär von Craxi, Cornelio Brandini, sagte in einem Prozeß aus, daß das Geld auf die Konten in Wien „nur so geregnet sei". Er habe zwar die Namen der Banken nicht mehr so im Kopf, könne sie aber jederzeit vor Ort wieder finden.
Das alles führte ab 1995 dazu, daß sich italienische StaatsanwältInnen und UntersuchungsrichterInnen zeitweise wöchentlich in Wien einfanden, um Nachforschungen durchzuführen.
Die dauerhaften Bemühungen Wiens, Ermittlungen über Fluchtgelder und Geldwäsche zu be- und verhindern, führten in den Folgejahren zur Androhung der OECD-Ländern Österreich aus der Organisation gegen Geldwäsche, der FATF, in der OECD auszuschließen.

Russische Mafiosi

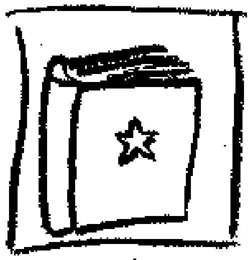
Der Kampf russischer Mafiosi um riesige Firmenimperien hat mit der Affäre um die Inhaftierung des Firmen-inhabers von JSC Yukos Oil eine weitreichende Dimension erreicht. Die Finanzwelt ist beunruhigt.
Es geht u.a. um den Export von russischem Erdöl nach Ungarn. Obwohl sich österreichische Banken gerne nach allen Seiten absichern, dürften die Folgen des derzeitigen Machtkampfes größte Schwierigkeiten ankündigen. Die Yukos Oil Corporation erhielt 1997 für den Export von Rohöl nach Ungarn einen Kreditrahmen von 48 Mio. US$ durch mehrere Banken, darunter die Londoner Filiale der Bank Austria und die Filiale Moskau der Raiffeisen Zentralbank.

Dem Standard war es schon 1995 eine größere Nachricht wert, daß die Erste Bank ein weitreichendes Kooperationsabkommen mit der neuen Banco Ambrosiano hat.

Zur Verbindung österreichischer Politiker zu dubiosen russischen Geschäftsleuten hat der deutsche Skandalautor Jürgen Roth, erschienen im Piper Verlag, regelmäßig Vorwürfe gegen Franz Vranitzky u.a. Politiker der SPÖ publiziert. ◆



Die braunen Wurzeln des deutschen BKA



Im Jahr 2001 feierte das deutsche Bundeskriminalamt seinen 50jährigen Geburtstag. Aus diesem Anlass gab es selbstredend Feierlichkeit, Festschriften und sonstige Publikationen.

Aufmacher Aufmacher Aufmacher

Auch ehemalige und aktuelle MitarbeiterInnen schrieben – nicht nur vom aktuellen Jubiläum motiviert – so einiges über ihre Arbeitsstelle. Fast ausnahmslos sind derartige Ergüsse von kaum relevanten Informationsgehalt, Schönfärbereien und Selbstbeweihräucherungen ohne Unter-haltungswert – aber eben nur fast.

Dieter Schenk, ein ehemaliger Kriminalpolizist, der nach neun Jahren das BKA „wegen unüberbrückbarer Differenzen verließ" und jetziger Honorarprofessor für die Geschichte des National-sozialismus, liefert eine dieser Ausnahmen. Auf gut 300 Seiten, ergänzt von zahlreichen Fußnoten und einer umfassenden Literaturliste, beschreibt er den „Aufbau der Wiesbadener Behörde in den 50er- und 60er Jahren und die NS-Vergangenheit des Führungspersonals."

Obwohl das BKA die Forschungen zu diesem Buch behinderte, konnte Schenk fast der gesamten Führungsriege der ersten zwanzig Jahre eine NS-Biographie meist inklusive der Verstrikungen in NS-Gräueltaten nachweisen. Nicht nur durch das Personal wirkte der Nationalsozialismus mit einer ungeheuren Kontinuität fort, auch was die Organisation des BKA bis hin zu der Weiterverwendung von NS Vokabular und sogar Formblättern betrifft, wird deutlich, dass in der BRD eine „Entnazifizierung" nie durchgeführt wurde.

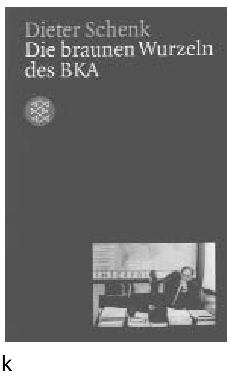
Von seiner Organisationsstruktur wurde das BKA fast als Neuauflage des Reichskriminalpolizeihauptamtes konzipiert, welches mit der Gestapo und dem Sicherheitsdienst der SS, dem SD, Teil des Reichsicherheitshauptamtes (RSHA) war. Fast sämtliche frühen BKA-Beamten waren bereits im NS-Staat bei der Kriminalpolizei und damit Teil des RSHA, das für die Ermordung von mindestens fünf Millionen Menschen die Verantwortung trägt.

„Auf die Mehrzahl der NS-Kriminalisten übte der alte Beruf eine geradezu magische Anziehungskraft aus ... Mit der Distanzierung von SD und Gestapo überhöhte man die Nazi-Kripo als einzige Sparte der Polizei, die „sauber" blieb." Anhand der verschiedenen Biographien und allgemeiner Forschungsergebnisse beweist Schenk, daß dem allerdings nicht so ist. Die Kriminalpolizei war tief in die Verbrechen der Nazis verstrickt. Sei es nun der Genozid an jüdischen Menschen, die Verfolgung „Asozialer", „Zigeuner", Homosexueller oder WiderstandskämpferInnen...

Möglich wurden derartige fast bruchlose Karieren dadurch, daß sie nicht die Ausnahme, sondern eher die Regel waren in Politik, Verwaltung, Exekutive und Justizwesen: „Die Entnazifizierung war insgesamt ein Mißerfolg. Sie stimulierten bei den Betroffenen - auch als eine Form des inneren Widerstandes gegen die Besatzungsmächte – eher Reaktionen von Wehleidigkeit und Trotz anstelle von Reue und Einsicht. Auf jeden Fall förderte sie die latente Abwehr einer Beschäftigung mit der Vergangenheit. Schließlich verkam sie, gemessen an ihren moralischen Anspruch, zu einer Veranstaltung, bei der im großem Stile Nazis zu Mitläufern und Entlasteten reingewaschen wurden. Hierbei spielte die gegenseitige Unterstützung mit politischen Leumundszeugnissen, so genannte Persilscheinen, eine wesentliche Rolle." Eine weitere wichtige Rolle spielte sicher auch der sich bereits unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg abzeichnende ‚Kalte Krieg', die meisten Nazis waren zuverlässige AntikommunistInnen, gerade in der Kripo besaßen etliche Erfahrung in der ‚Abwehr kommunistischer Bedrohung' und damit einen gewissen Wert für die westlichen Geheimdienste einerseits und den Staatsdienst in der antikommunistischen BRD andererseits.

Nützlich dürfte das Buch vor allem als Nachschlagewerk sein, machen es die unzähligen Fakten und biographischen Details doch schwer den Überblick zu wahren. Allerdings ist es sehr flüssig zu lesen und wirklich lesenswert um einen Einblick in die Dimensionen der NS-Gräuel zu gewinnen, in die führende Polizeikader der BRD verstrickt waren. Mit all der Fakten treten die Täter in den Vordergrund, die Betroffenen verschwinden als Zahlen im Hintergrund – auch wenn einige Bilder von NS-Gräuel im Buch abgedruckt sind.

◆



Dieter Schenk
Die braunen Wurzeln des BKA
Fischer Taschenbuchverlag
376 Seiten
ca. 13 □



weg mit dem putzfetzen

als ich ich am samstag - den 8.11.2003 - beim arenakonzert der ska-punk-combo "toasters" war, ist mir wieder einmal seit langem so richtig aufgefallen, dass es keinen auf den ersten blick erkennbaren unterschied im outfit zwischen loNSDAle skins und red (sharp) skins gibt.
und so erinnere ich mich an die unzähligen diskussionen mit "linken" skins und iheren kruden rechtfertigungen (kommt eh aus der arbeiterklasse) für ihr äußeres. vor allem die tatsache, kein verständniss dafür zu haben, dass menschen die diesen "minimalen unterschied" nicht kennen, sich ängstigen oder bedroht fühlen. mölln und solingen sind lange her, der terror ist geblieben. kaum ein tag vergeht, an dem nicht obdachlose erschlagen oder angezündet, schwule verprügelt, behinderte menschen verbal attackiert, juden und jüdinnen bedroht und hetzjagden auf migrantinnen veranstaltet werden.
auf was ich aber hinaus will, ist eigentlich zu thematisieren, wie es sich in der "linken" verhält mit dem tragen von fatah-plo-palitüchern.
seit sonntag, dem 9.11.2003 - gedenktag zur pogromnacht 1938 - ist diese diskussion mehr als überfällig. wer jetzt noch immer glaubt, dieses vorzugsweise weiss/schwarze tuch sei ein trendiges accessoire, die/der irrt gewaltigt. es ist seit diesem tag ein symbol des gewalttätigen antisemitismus. ohne jetzt näher auf die gegen großteils jüdischen einwanderinnen in israel gerichteten suicidebomberinnen, den islamischen jihad und die hamas und deren kleiderordnung eingehen zu wollen, denke ich, sollte jede/r linke, die/der nicht an geistiger insuffizienz (der autor meint damit minderleistung, anm. TATblatt) leidet, sich seiner/ihrer wirkung auf noch in wien lebende jüdinnen/juden bewusst sein. d.h. sie werden alle im besten fall mit den antisemiten vom sonntag oder als sympathisantinnen der suicidbomberinnen oder des islamischen jihad identifiziert. und erzeugen so bei überlebenden der shoah und deren nachkomminnen ein berechtigtes gefühl des unwohlseins oder mehr.
also weg mit dem putzfetzen.

ps: und BITTE nicht "argumentieren": es ist kalt und es wird winter. denn am naschmarkt gibt es bei den romastandln trändige und leistbare tücher ohne ende.

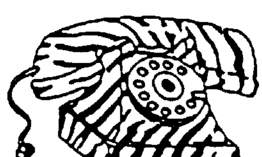
◆

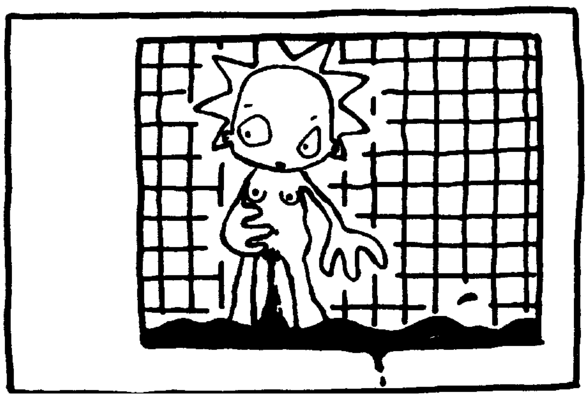
liebe frauen und männer vom tatblatt,

es freut mich sehr, dass ihr das tatblatt macht! auch: wie ihr es macht. bitte weiter so! es ist mir ein sehr wichtiges medium für die bestärkung meiner wahrnehmung und für die (lebenswichtige) information darüber, was andere so tun und denken. in diesem sinne könntet ihr ja auch eine regelmässige rubrik “erfolgsgeschichten” einführen. als eröffnungsartikel würde ich gleich im nachhinein noch den bericht über den besuch der birma-veranstaltung sehen. sehr bestärkend! frau glaubt es ja kaum: sogar der rahmen der legalität bietet immer wieder die möglichkeit aktiv zu werden.
immer wieder und immer mehr feministische/lesbische inhalte können auch keineswegs schaden!

mit lieben gruessen, c.

◆





und wo gibts ....
was zum Lesen?



Infoladen Salzburg
Lasserstr. 26 (nahe Bhf, durch Viadukt durch, erste rechts, dann erste links)
Öffnungszeiten: Di+Do 16:00-20:00 Uhr
So 13:00-19:00 Uhr
Kontakt: infoladen.salzburg@gmx.net
Telefon: 0664/5814472

Infoladen Wels
mit linker Buchhandlung in der Welser Innenstadt (Spitalhof 3, Ecke Pfarrgasse)
Öffnungszeiten:
Mi+ Do 14-18 Uhr, Fr 14-22 Uhr, Sa 11-14 Uhr
Online: www.linkslinxooe.at/infoladen.html

Infoladen Treibsand
Rudolfstr. 17, Linz
Di 17:00-20:00, Fr+Sa 16:00-20:00 Uhr
Neue Homepage: www.servus.at/treibsand

Infoladen Bewegungsmelderin
Graz, Schubertstr. 6
ÖH-Gebäude, 2. Stock , Kulturreferat
Di 11-16 Uhr, Fr 17-21 Uhr
bewegungsmelder.widerstand.org

Volxbibliothek
im EKH, 2. Stock
neue öffnungszeiten: Mi+Fr 17:00-20:00 Uhr
e-mehl: volxbibliothek@whoever.com

Infoladen 10
in der EKH Portiersloge
Mi+Do 14-20 Uhr, Fr+Sa 14-22 Uhr

Anarchistische Buchhandlung
Hahngasse 15, 1090 Wien
Mo+Di 10:00-14:00 Uhr, Mo-Fr 15:30-19:30 Uhr
Online: www.inode.at/rbh

"nur-online" Infoladen:
www.catbull.com/grauzone (Innsbruck)

EKH-Termine:

Que(e)r-Beisl jeden mittwoch ab 19:00
unzumutBAR jeden donnerstag ab 21:00

fr 14.11 dancefloor tragedy
mi 19.11 que(e)r beisl
do 20.11. Infoladen 10 - Splatternacht mit PSYCHO SISTERS & MEET THE FEEBLES; unzumutBAR
sa 22.11. net to net: GRRZZZ (fra) + FLAT STANLEY (us) + ASSATA + Extras hosted by : med - user : visuals, kurzfilm - "NETZfreiheit", dj's, Cocktails, infos, livestream auf med-user.net
mi 26.11 que(e)r beisl
do 27.10 Infoladen 10 - Film: Water (usa, 1985); unzumutBAR
sa 29.11 tekkkno freeparty (schloss-soli)
02.12 CYNESS + SYYAADINA + DRESCHFLEGEL
06.12 theater: "dämonen"stück: "ich habe gott erschlagen"
07.12 capoerirafesr, weiberfrühstück
12.12 baseball(australien)
13.12 frauenbandenfest
16.12 mdc unplugged spielt soli fürs haus
18.12 desi soli mit den iron medels, scepsis, ua
20.12. DEAD KASPAR HAUSERS (d)

que(e)r beisl - jeden mittwoch ab 20:00
unzumutBAR - jeden donnerstag ab 21:00
infoladen - mi+do 14:00-20:00, fr+sa 14:00-22:00
volxbibliothek - mi+fr 17:00 - 20:00



EKH - Ernst Kirchweger Haus

Wielandg. 2-4
1100 Wien
U1 Keplerplatz

www.med-user.net/ekh

Ja, ich will ...
... das TATblatt abonnieren

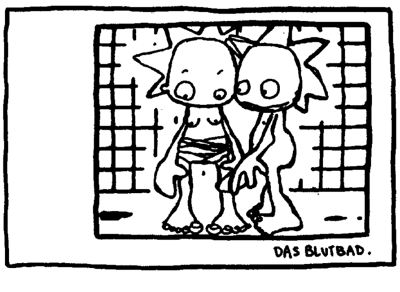
Name:
Adresse:

Preise innerhalb Österreichs:
20 Nummern Abo: 27 Euro ☐
20 Nummern Förderabo: 60 Euro ☐
Preise außerhalb Österreichs:
20 Nummern Abo: 42 Euro ☐

... und Wünsche mir daher
1. Wahl ____________________
Ersatzwunsch ____________________

TATblatt
KW Kombiangebot
Wielandg. 2-4/414
1100 Wien

Ihr könnt auch ein E-Mail schicken: TATblatt@blackbox.net oder über unsere Website www.tatblatt.net bestellen.



Österreichische Post AG • Info.Mail Entgelt bezahlt •
Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt 1100
DVR-Nr.: 0558371



Achtung AbonnentInnen!

Die im Adresspickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Nummer ist die des des letzten TATblatts, das du im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst. Bei Fehlern oder Unklarheiten schreibe uns bitte!

Abo

Preise innerhalb Österreichs:
10 Nummern Abo: 13 Euro
20 Nummern Abo: 25 Euro
20 Nummern Förderabo: 60 Euro
20 Nummern Institutionenabo: 60 Euro
Preise außerhalb Österreichs:
10 Nummern Abo: 20 Euro
Bestellungen einfach durch Einzahlung des Abopreises auf das Konto P.S.K. 75 47 212
(Empfängerin: U.I.I., Verwendungszweck TATblatt-Abo, Name und Adresse nicht vergessen)

Verkaufsstellen

Wien 1: BH Winter (Landesgerichtsstr. 20), Zentralbuchhandlung (Schulerstr. 1) **Wien 6**: Rave Up (Hofmühlg. 1) **Wien 7**: Südwind (Mariahilferstr. 8) **Wien 9**: Buchwelt (Schwarzspanierstr. 15), Anarchistische Buchhandlung (Hahng. 15) **Wien 10**: Infoladen 10 (Wielandg. 2-4) **Graz**: ÖH-Gewi (Schuberstr. 6a/1) **Wels**: KV Infoladen (Spitalhof 3) **Linz**: Infoladen Treibsand (Rudolfstr. 17) **Salzburg:** Infoladen (Lasserstr. 26)

Impressum

Medieninhaberin, Herausgeberin:
Unabhängige Initative Informationsvielfalt
1100 Wien, Wielandg. 2-4/414
Konto P.S.K. 75 47 212
Tel.: (01) 641 03 17
e-mail: tatblatt@blackbox.net
Redaktion: ebd.
Druck und Vertrieb: Infrastruktur, 1100 Wien, Wielandg. 2-4/414
Tel.: (01) 641 03 17
tatblatt.net

Redaktionelles

Redaktionelle Beiträge sind als solche gekennzeichnet. LeserInnenbriefe, nicht als redaktionell gekennzeichnete Beiträge sowie Texte im "TATblatt-Originaltextservice" geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern der VerfasserIn wieder.

Gegen das Böse auf der Welt

Die erste Ausgabe des TATblatt erschien im Oktober 1988 als Vorbereitung des "Projekts Zweitageszeitung" mit der Nummer minus 101.

Dem Ehrenkodex des Österreichischen Presserates verpflichtet

VAZ Mitglied der Veeinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften